

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Abholung im Hause für Groß-Berlin 7.50 M. im voraus zahlbar. Für Postbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland und Österreich 10.- M., für das übrige Ausland 12.50 M. jährlich. Valutaausgleich per Brief für Deutschland und Österreich 12.- M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtsch. Monopostzeile oder deren Raum 2.20 M. pro Tag. 20% Ermäßigung für Familien- und Organisationsanzeigen die achtsch. Monopostzeile 2.40 M. netto. Kleine Anzeigen mit Tagesdruck 1.15 M. jedes weitere Wort 65 Pfg. pro Tag. 20% Ermäßigung für Familien- und Organisationsanzeigen. Wort-Anzeigen kosten das selbstdruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 65 Pfg. netto. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895-96, 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Zu den sozialen Tugenden, die der Klassenkampf im Proletariat erweckt und nährt, gehört vor allem die Opferwilligkeit. Wie ist sie von einer Klasse so gefordert und belätigt worden, wie von der Arbeiterklasse. Und nie wurden so große Anforderungen an diese Opferwilligkeit gestellt, wie gegenwärtig, da wir in der Periode der entscheidenden Massenaktionen um die Eroberung der politischen Macht eingetreten sind. Gleichwohl werden die Anforderungen noch größer werden, da die Massenaktionen und damit ihre Opfer sich häufen.

Das höchste Opfer für die politische Ueberzeugung ist das von Leib und Leben.

Ungezählt sind die Opfer, die allein seit Anfang November 1918 gebracht wurden. Wie die Opfer der Kommune von 1871 sind auch sie eingeschreint in dem Herzen des Proletariats. Wie wird es sie vergessen und immer ehrenvoll ihrer gedenken. Ungezählt, aber sicher sehr, sehr zahlreich sind ferner die Hingebenen derer, die in den jüngsten Kämpfen aus Anlaß des Kapp-Lüttich-Putsch ihr Leben für die hehre Sache liehen; erschreckend groß ist auch die Zahl der Verwundeten und dauernd an ihrer Gesundheit Geschädigten.

Es ist selbstverständlich in erster Linie die Aufgabe von Reich, Staat und Gemeinde für die Opfer der einen wie der andern Art zu sorgen. Die Vertreter unserer Partei haben unverzüglich auf die Erfüllung dieser öffentlichen Fürsorge hinzuwirken. Sie können sich dabei vor allem darauf berufen, daß die Opfer eine Folge der Niederkämpfung der Reaktion sind und kein materielles Opfer in seinem Umfange dem vergleichbar ist, daß die mutigen Kämpfer an Leib oder Leben gebracht haben. So groß nun die Zahl derer ist, die der Hilfe bedürfen, noch größer war die Dringlichkeit, mit der geholfen werden mußte und weiter geholfen werden muß.

Dabei müssen wir uns über eins — so bitter das auch für viele ist — unbedingt klar sein: Auf die Dauer wird die Arbeiterschaft selbst bei größter Opferwilligkeit allein die Hilfe nicht leisten können. Einmal, weil der politische Kampf weiter geht und die Zahl der Opfer immer größer wird, dann aber auch, weil noch viele andere Aufgaben zu erfüllen sind, die große Geldmittel verschlingen. Endlich muß auch daran

Berlin, den 14. April 1920.

Zentralkomitee, Beirat und Kontrollkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

erinnert werden, daß es immer die Auffassung der kämpfenden Arbeiterschaft war, es müsse gekämpft werden ohne jede Rücksicht auf Unterstützung und Hilfeleistung, denn schließlich immer wie die traurigste Notlage ist die Fortexistenz der Lohnsklaverei unter der Herrschaft der Kapitalisten.

Es entsprach nur der ruhmvollen Tradition des kämpfenden Proletariats, daß in und nach den Kämpfen der jüngsten Vergangenheit überall den Klassenangehörigen im Rahmen des Möglichen geholfen wurde, und es ist selbstverständlich, daß nach Kräften weiter geholfen werden muß.

Im Ruhrrevier, im Rheinland, wie im übrigen Deutschland, hat man teilweise einen vollen Tagelohn zur Hilfeleistung gezahlt. Das muß überall zur Norm gemacht werden, denn geringere Beiträge entsprechen euferrat nicht der Höhe der Summe, die notwendig ist.

Arbeiter, Genossinnen und Genossen! Eure Herzen schlugen höher, als ihr vernahmt, mit welchem Mute eure Schwestern und Brüder Leben und Gesundheit im Kampfe wider die Feinde des Sozialismus in die Schanzen schlugen. Pöderader Born und tiefste Empörung erfüllte euch, als ihr Kunde erhieltet über die große Zahl eurer Klassenangehörigen, die von einer überbestialisierten Soldateska nicht nur mißhandelt und gemartert, sondern verflümmelt und getötet wurden.

Jetzt gilt es, schnellstens den Gefährten die Tat folgen zu lassen.

Beteiligt Euch an den Sammlungen, die überall sofort von den Parteileitungen der U. S. P. D. für die Hinterbliebenen der Revolutionshelden und all die anderen Hilfsbedürftigen eingeleitet werden!

Durch eure Solidarität müßt ihr erneut den Beweis erbringen, daß ihr unüberwindlich seid und daß die Zukunft euer sein wird!

Ein Hilfswerk wie dieses muß organisiert werden. Die Parteileitung der U. S. P. D. hat deshalb sofort diese Organisation in die Wege geleitet. Die Gelder sind überall schnellstens an die Bezirksleitungen der U. S. P. D. abzuführen.

#### Neue nationallistische Heze.

Auf die Agitationsreden der Parteien, die die vorgestrigte Sitzung der Nationalversammlung ausgefüllt hatten und die fast ausschließlich der Wahlpropaganda gewidmet waren, folgte gestern die Rede unseres Fraktionsredners, des Genossen Braß, als eine einfache Zusammenfassung der nackten historischen Tatsachen, von denen jede einzelne eine wichtige vernichtende Anlage nicht nur für die Kapp-Putschisten, sondern auch für die Militaristen der Reichswehr und ihren Verteidiger war.

Genosse Braß, der selber tage- und wochenlang im Ruhrgebiet gewirkt und alle seine Kraft eingesetzt hat, um das Blutbad zu verhindern und der Arbeiterschaft die Sicherheit zu geben, daß die Wiederherstellung der Ordnung nicht gleichbedeutend mit der skrupellosen Abschichtung der Arbeiter war, die mit der Waffe kämpfend gegen die reaktionären Kapp-Truppen gewandt hatten. — Genosse Braß überhäufte die Regierung mit einer solchen Fülle von Aktenmaterial, das keiner der Minister hätte eine Erwiderung darauf finden konnte. Das zweideutige puttschiffreundliche Verhalten des General-Matters, die Schandtaten und Uebergriffe der Korps-Matrosen, Rühw und Schulz, die Vorbereitung des Kapp-Putsch im Ruhrgebiet, die Erfindung der Lügenmär vom kommunistischen Putsch, die Vorbereitung und künstliche Entfackung dieses Putsch durch Provokateure, die Verkleidung von ehemaligen Offizieren als kommunistische Führer, das terroristische Vorgehen der Reichswehr nach dem Einmarsch, die immer erneuten Provokationsversuche Matters gegen die Bevölkerung, das alles wurde durch Dokumente und Akten belegt.

Zwei Minister standen auf, um die Regierung zu retten. Herr Giesberts konnte zwar das Material nicht widerlegen, aber er blieb bei seiner Behauptung, daß der kommunistische Putsch vorbereitet gewesen sei. Er braucht die Agitation gegen links, nachdem sein Freund Trimborn vorgeföhrt die Wahlparole: Anichluhnachrecht ausgeben hatte. Der Reichswehrminister Gehler war wie erschlagen von dem Material. Er brachte nichts vor als die Beschwerde, daß es ihm nicht früher übermittelt worden sei. Um aber den Eindruck dieser wichtigen Tatsachen-Anlage zu verwischen, ging er selbst zum Angriff über. Er beschuldigte den Genossen Braß, auf Grund eines Telegramms, das ihm die Behörden in Koblenz zugestellt hatten, daß Braß bei der hohen interalliierten Kommission falsche Beschuldigungen gegen die Regierung vorgebracht habe, indem er die Zahl der in die neutrale Zone eingerückten Truppen auf 80 000 anstatt 18 000 angegeben hätte. Ein nationallistischer Entrüstungssturm brauste durch das Haus: Dump, Schuft, Hochverräter! Raus mit dem Galunken! Mit diesen Worten bekundeten die Rechtsparteien ihre Ansicht über die Würde des Hauses. Der Präsident, der noch eben den Genossen Braß zur Ordnung gerufen hatte, weil er einem Mitglied des Hauses bewußte Unwahrheit vorgeworfen hatte, der Herr Präsidentenhuber fand keine Ursache, den Abgeordneten Braß gegenüber den wüsten Beschimpfungen der Rechtsparteien in Schutz zu nehmen.

Es soll zugestanden werden, daß der Reichswehrminister immerhin seine Anklage, über deren Grundlage er wohl selbst nicht ganz sicher war, in einem so gemäßigten und sachlichen Ton vorbrachte, wie es seinem Vorgänger Herrn Noske niemals möglich gewesen wäre. Es war und bleibt ein schwerer politischer Fehler des Reichswehrministers, daß er in einem Augenblick, in dem das deutsche Volk unter dem Druck der drohenden Gefahr eines neuen Militärputsches steht, in einem Augenblick, in dem selbst der rechtssozialistische Parteivorstand die Arbeiter zur Alarmbereitschaft und Wachsamkeit aufstiftet, in einem Augenblick, in dem der Vertreter des Reichswehrministeriums vor den Pressevertretern in sehr ernstem Tone von der Gefahr in Rommern spricht, daß der Minister in einem solchen Augenblick den Reaktionen die Gelegenheit zu nationallistischer Heze gegen die Unabhängigen bietet. Der Reichswehrminister ist sich offenbar der Tragweite dieses seines mißlungenen Angriffes nicht bewußt gewesen. Uns hat er damit nicht schaden können, der Genosse Braß hat einwandfrei alle Beschuldigungen widerlegt. Die Verhandlungen, die er und andere Genossen mit der Rheinland-Kommission geführt haben, wurden im Interesse der flüchtenden Arbeiter, im Interesse der Erhaltung Tausender von Arbeitskräften für die deutsche Wirtschaft, im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, im Interesse des deutschen Volkes geführt. Freundeseliche Rissen über die ins Ruhgebiet einmarschiereten Truppen hat weder Braß noch ein anderer der verhandelnden Genossen den Franzosen genannt.

#### Konferenz der sächsischen und thüringischen Aktionsausschüsse.

Zurückziehung der Reichswehrtruppen aus dem Vogtland verlangt.

Gera (Neuf), 14. April.

Die heute hier stattgefundene Konferenz der Aktionsausschüsse und sozialdemokratischen Parteien, welche zu dem Fall 513 und der darauf existierenden Militäraktion Stellung nehmen, waren von 90 Delegierten besetzt. Die Delegierten von Sachsen-Altenburg und Sachsen-Weimar waren durch mehrere Staatsräte vertreten. Ferner waren anwesend der Präsident des Thüringer Volksrates, der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Berlin, ein Vertreter des deutschen Eisenbahnerverbandes und der Bevollmächtigte der Provinz Sachsen. In einer mehrstündigen Debatte wurde einstimmig auf die Gefahr eines neuen Militärputsches hingewiesen. Es wurden folgende Richtlinien einstimmig angenommen:

1. Zurückziehung der Reichswehr aus dem Vogtlande auf Verlangen der Arbeiterschaft.
  2. Unter der Reichswehr und den Arbeitern Aufsichtungsarbeit im Sinne des sozialistischen Klassenkampfes zu leisten.
  3. Auflösung der Reichswehr und Bewaffnung der Arbeiterschaft unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen.
  4. Die Arbeiter ganz Mitteldeutschlands aufzurufen, mit Hilfe der Betriebsräte den Generalkrieg in ganz Deutschland zur Durchsetzung abläre Rufe zu organisieren.
- Amlich wird gemeldet: Plauen, Kaffentstein und Klingenthal sind Mittwoch früh von Reichswehrtruppen besetzt worden.

513 soll entkommen sein. Seine Anhänger, die truppweise sich Herumtreiben, werden von der Reichswehr oder durch die Genarmee verhaftet. In Kämpfen ist es bis jetzt noch nicht gekommen.

#### Der amerikanische Eisenbahnerstreik. Einsetzung eines Eisenbahn-Arbeitsamtes.

New York, 13. April. (Reuter.)

Infolge Unterbindung der Zufuhr von Rohstoffen durch den Eisenbahnerstreik sind in New York schätzungsweise 150 000, in Detroit 100 000 Arbeiter arbeitslos. Im Westen ist die Lage unverändert; im Osten hat die Zahl der Auskündigten zugenommen. Wilson hat ein Eisenbahn-Arbeitsamt eingesetzt, das sofort in Washington zusammentreten und die Beschwerden der Auskündigten untersuchen soll.

#### Eine Sympathieaktion der englischen Arbeiter für Irland.

London, 14. April.

Der bekannte Arbeiterführer C. J. L. erklärte im Unterhaus, daß die britischen Arbeiter wahrscheinlich zu einem Sympathiestreik aufgerufen würden, wenn die Regierung in ihrer hartnäckigen Stellung zu den irischen Arbeitern verharrte würde. Bonar Law antwortete darauf, daß die Freilassung der politischen Gefangenen, die durch den Hungerstreik erzwungen werden sollte, die Unordnung nur vergrößern würde. Die Regierung sei entschlossen, vernünftige Bedingungen zur Wiederherstellung der Ruhe in Irland zu schaffen.

# Die drohende Gefahr.

Der Reichswehrminister ließ also als ein völlig Objektiv auf dem Felde, aber er trägt die Verantwortung dafür, daß die nationalistische Welle von neuem hoch schlug, er ist daran schuld, daß der deutsch-nationale Abgeordnete nach es wagen konnte, mit den lächerlichsten Entstellungen und Verdrehungen, mit den tollsten Beschimpfungen und Beleidigungen eine Rede gegen den Reichsjustizminister Blund zu halten. Er trägt weiter die Verantwortung dafür, wenn im Rand hinaus jetzt der Stoff zu neuer national-istischer Schandarbeit getragen wird, wenn die reaktionäre nationalistische Bewegung neue Nahrung an seinen misglückten Verhäufigungen und Anklagen findet. Er trägt die Verantwortung dafür, daß der Justizminister Blund unter dem Druck dieser Stimmung sich dazu hinreißen ließ, dem Oberreichsanwalt die Telegramme zur Einleitung eines Verfahrens wegen Landesverrats gegen den Genossen Präß zu übermitteln. Auch dieses Verfahren wird mit einer schweren Niederlage der Reichsregierung enden. Aber die Folgen, die aus der neu entflammten nationalistischen Deke entstehen, kommen auf den Reichswehrminister. Sein Ruf zur Versöhnung und zur aufbauenden Arbeit wird unter dem Lärm dieser Deke ungehört verhallen, wenn er nicht selbst Gelegenheit nimmt, aus ihm eine Ermittelung auf Grund neuer Ermittlungen seinen Irrtum und die Richtigkeit seiner Anklage einzugehen.

Der Genosse Präß hat in seiner Erwidерung seine völlige Objektivität und Gerechtigkeit auf das klarste bewiesen, indem er erklärte: wenn es dem Reichswehrminister anläge, die Reichswehrtruppen von den reaktionären Offizieren, von denen sie oft zu Handlungen mißbraucht wurden, die sie selbst nicht billigen, zu befreien, so kann die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Reichswehr und Proletariat sehr wohl möglich sein. Wenn durch die neu entflammte nationalistische Deke dieses Ziel nicht erreicht wird, so wird das deutsche Volk von dem Reichswehrminister dafür Rechenschaft fordern.

## W. T. B. und das Kapp-Unternehmen.

Auf unsere Anfragen an die beiden Direktoren des Wolffschen Telegraphen-Bureaus antworteten die Herren in einer Erklärung in eigener Sache. Der Inhalt ihrer Erklärungen bestärkt unsere Anklagen, soweit sie die Hauptbeschuldigung betreffen, wenn auch Einzelheiten als unklar bezeichnet werden. Den Herrn der Sache betreffen diese Einzelheiten nicht.

Herr Direktor Maniler muß selbst folgendes zugeben: Er habe Veranlassung genommen, am Sonntag, den 14. März, abends 9½ Uhr, der Reichsjustiz mitzuteilen, daß wir (W.T.B.) einen für Montag, den 15. März vormittags angekündigten Auftrag voraussichtlich nicht erfüllen könnten, weil wahrscheinlich bei dem Wolffschen Telegraphen-Bureau gestreift werden würde. Darauf bin ich von der Reichsjustiz aufgefordert worden, allen meinen Mitarbeiter sofort anzugeben, daß der Betrieb des W.T.B. für lebenswichtig erklärt werde. Herr Maniler gibt also unumwunden zu, daß er den Hochverrätern mitgeteilt hat, daß der Abschweif gegen die neue Regierung erklärt werden würde, und daß er die „Aufträge“ der neuen Regierung nicht werden ausführten. Als ungewiß muß es bezeichnet werden, daß das W.T.B., das dann seines Nachrichten-Apparates beraubt worden war, daß der Generalstreik erklärt werden würde, sich an die Hochverräter wandte und diese rechtlich auf dessen Wirkungen aufmerksam machte, daß zu dem offensichtlichen Zweck, um Abwehrmaßnahmen rechtzeitig zu ermöglichen. Dabei bleibt es gleichgültig, ob Herr Maniler selbst den Vorschlag gemacht, seinen Betrieb als lebenswichtig zu erklären und die Streikenden mit Aufschlußarbeiten zu befreien, oder ob er das den Putzisten überlassen hat.

Herr Maniler gibt selbst zu, daß er bereits am 15. März morgens die Justizüberwachung aufzulösen ließ, rechtzeitig genug, um damit den Streik im W.T.B. zu verhindern. Die Bekanntgabe dieses Erlasses ist dort schon erfolgt, bevor der allgemeine Streik-Erlass auf den Straßen Berlins durch Flugblätter, die erst in den Abendstunden des 15. und den Morgenstunden des 16. März durch Blätter abgerufen wurden, bekannt werden konnte. Erst am 17. März hat Herr Maniler es gewagt, sich gegen die Zensurmaßnahmen der Hochverräter aufzulehnen. Vom 18. März an haben Tag für Tag in allen Presse-Konferenzen fast sämtliche Pressevertreter gegen die Rügen, Meldungen und gegen die Zensur, die die Putzisten ausübten, aufschreiende Proteste erhoben, nur sein Vertreter des Wolffbureaus. Erst am 18. März abends, als allen eingewiesenen Kreisen längst bekannt war, daß das Kapp-Unternehmen gescheitert war, entschloß sich Herr Maniler dazu, jede Verantwortung für die Meldungen der Reichsjustiz abzuschütten. Am 17. März gab er dann mit Balthus auch vor den Pressevertretern die Erklärung ab, die er als gewissenhafter Journalist am 18. März abgeben mußte. Das Verhalten der Direktion des Wolffbureaus nicht nur unabweisbar, sondern völlig eindeutig auf Unterstutzung des Kapp-Unternehmens gerichtet war.

Die zweite von Herrn Dr. Dieß kommende Antwort gibt ebenfalls im wesentlichen unsere Anklagen zu. Sie ist mit den Worten: „Ich erinnere mich nicht“ und „möglich ist es“, so gehalten, daß der Eindruck entsteht, als ob eine ernsthafte Widerlegung unserer Anklagen überhaupt nicht angestrebt wird. Mit Bezug auf das Telephongespräch brauchen wir nur festzustellen, daß unsere Informationen auf der Aussage eines Vertreters der Reichsregierung in Presse-Angelegenheiten beruhen. Herr Dr. Dieß ist von der Regierung darauf aufmerksam gemacht worden, daß sein Verhalten an öffentlicher Stelle bekannt sei. Dieser Tatsache gegenüber ist der Versuch des Herrn Dr. Dieß, sich mit seiner Lebensgeschichte als Demokrat zu rechtfertigen, vergeblich. Das Kapitel W. T. B. ist damit in ein Stadium getreten, das weitere ernsthafte Maßnahmen erfordert. Die Beschwerden gegen das W. T. B. häufen sich in außerordentlicher Weise. Die Regierung muß nun dafür sorgen, daß der tendenziösen Nachrichten-Ermittelung des W. T. B. ein Ende bereitet wird.

**Preussische Fiskalaktion für Mathematik.** Die preussische Regierung hat eine Million Mark für die Opfer der Röhren-keiner Katastrophe überwiesen.

**Internationaler Wirtschaftskongress.** Der Magistrat Frankfurt a. M. teilt mit, daß der Erste Internationale Wirtschaftskongress, wie geplant, am 1. und 2. Mai in Frankfurt a. M. stattfinden wird. Die Abnehmer zur Tagungsbuchung haben familiär ihre Entschlüsse ausgesprochen. Reaktionen wird am 2. Mai ebenfalls sprechen.

**Die bayerischen Provinzialparlamenten.** Der Landesparlamentarische Rat der bayerischen Provinzialparlamenten beschloß, die Landtagsparlamenten gleichzeitig mit den Reichsparlamenten am 6. Juni zu finden zu lassen. Die von der bayerischen Abgeordnetensammlung bis 180 auf 187 herabgesetzt werden.

Unsere ersten Warnrufe bezüglich der Vorbereitung eines neuen reaktionären Putschs und des Treibens der Lüttich und Bischoff in Pommern haben die Regierung auf eine gewisse Aufmerksamkeit gemacht, die sie heute bereits nicht mehr zu leugnen mag. Selbst das Reichswehrministerium sieht die Lage in Pommern als sehr ernst an, und wenn auch noch in diesem Augenblicke die Situation von den militärischen Putschisten nicht als sehr angesehen wird, so sind die Vorbereitungen doch bereits, daß schon in den nächsten Tagen der geringste Konflikt und vor Talsachen ähnlich denen des 18. März stellen kann. Daß die Organisation dieser nicht gestört worden ist, beweisen die Dokumente, die der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Abendausgabe veröffentlicht. Die dort aufgeführten verschworenen Verbände haben selbstverständlich heute noch miteinander Verbindung. Der Reichswehrminister hat einfach nicht die Kraft, das Reich, in dem er und die Regierung eingeschlossen ist, zu zerschlagen. Auch Schlesien konnten neue Alarmnachrichten, die zeigen, daß sich hier ein neuer reaktionärer putschistischer Haub bildet. Die Reichswehroffiziere drängen mit Streit, wenn die Verabsichtung der verdächtigen Offiziere durchgeföhrt wird. Der Berichtserstatter des „Berliner Tageblatts“ erklärt: „Nach mir vorgelesenen Originaldokumenten muß ich die Ueberzeugung gewinnen, daß Schlesien auch heute noch das ist, was die Provinz vor dem 12. März war, ein bevorzugter Sammelplatz deutsch-national-unabhängiger Elemente. Bei dem deutsch-nationalen Abgeordneten v. Kessel sind vier Geschüge und vier Granatwerfer, in einer künftigen Domäne neun Geschüge und neun Granatwerfer gefunden worden.“

Die Zentrale aller Bewegungen aber befindet sich in Pommern. Es ist bezeichnend für die Hilfslosigkeit des Reichswehrministeriums, daß sein Nachrichtenapparat seit und ständig im Widerspruch mit den Nachrichten der zweiten Instanz steht. Das Reichswehrministerium behauptet, daß Lüttich und Bischoff nicht Pommern seien. Der Oberpräsident von Mecklenburg, der Regierungspräsident von Straßburg, Offiziere der Sicherheitspolizei bestätigen jedoch auch heute noch, daß Bischoff und Lüttich nicht nur in Pommern anwesend, sondern mit der Organisation eines großen neuen Putschs beschäftigt sind. Das sind die typischen Anzeichen, die wir vor dem Kapp-Putsch wahrgenommen haben. Auch damals schüttelte lächelnd Herr Kossel alle Warnrufe der zweiten Instanz ab und berief sich auf seinen Nachrichtenapparat, durch den er von oben bis unten befragt wurde. Herr Scheller geht es heute ebenso. Weiter als der Raum seines Amtszimmers reißt seine Macht nicht. Seine Befehle werden nicht durchgeföhrt. Ein Beweis dafür ist, daß der Militärereignisstab von Gezur in einem Schreiben vom 12. an die „Tribüne“ den ihm übergebenen Zivilkommissar einfach nicht anerkennt. Wenn also die Leiter der Ministerien in ihren Ansprüchen einig sind und den Ernst der Situation beurteilen, so ist damit noch nicht die geringste Garantie gegeben, daß in der Tat etwas zur Abwehr geschieht. Bei den ausübenden Organen zeigt sich sofort der Widerspruch zwischen der Zivilverwaltung und den die Diktatur anstrebenden militärischen Organen.

Alle diese Anzeichen sind absolut untrüglich. Auch die psychologische Erklärung ist leicht zu finden. Die Verfolgung der Kapp-Putschisten und ihrer Rufführer wird weiter Kreise ziehen und viele Offiziere in den Strudel der Hochverratsprozesse reißen. Die Säuberungsaktion wird, wenn sie ernsthaft durchgeföhrt wird, Tausende aus ihren Stellungen werfen. Es droht nicht nur die Zerschörung des ganzen Verwaltungsapparats, es droht für jeden einzelnen die Gefahr an Gut, Freiheit und Leben. Auf dieser Ereignisgrundlage, die doch der umfangreichen Verchwörung breit genug ist, um große Massen hinter sich zu haben, ist der Aufbau eines neuen Putschs nur allzu leicht.

## Kein Wahlrecht für die Soldaten.

Der Verfassungsausschuh der Nationalversammlung begann am Mittwoch die Spezialberatung des Reichswahlgesetzes. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den § 2, wonach die Soldaten während der Dauer der Jugenddienstzeit zur Wahlmacht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Während Hauptmann von Wares, der diese Bestimmung begründete, davon sprach, daß heute nur noch Kantonalen und unerste Köpfe das Wahlrecht für die Soldaten wollen, forderten die Abgeordneten Olshagen (H. Soc.) und Schmidt-Sachjen (Soc.) das Wahlrecht für die Soldaten. Ebenfalls für die Regierungsvorlage sprach nach der Minister des Innern Roß, der Demokrat Waldstein, der Deutsche Volksparteiler Graf Zohua und der Zentrumsmann Herrsb. Abg. Rosenheim (Soc.) betonte, gerade aus Gründen des Staatswohls müsse man den Soldaten das Wahlrecht geben. Reime man ihnen das Wahlrecht, so politisiere man das Heer im Sinne der Offiziere und mache es politisch zu ihrem Werkzeug. Der § 2 wurde schließlich in der Regierungsvorlage angenommen, mit der Änderung, wonach Personen, die sich aus politischen Gründen in Schuldhaft befinden, ihr Wahlrecht ausüben dürfen.

Auch über den § 14, der bestimmt, daß beim Kreiswahlleiter spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag die Wahlberechtigten einzureichen sind, die von mindestens 50 Wählern unterzeichnet sein müssen und mindestens anderthalbmal so viel Namen enthalten müssen als die Zahl der zu wählenden Abgeordneten betragen. Aus dem § 14 wurde in der Abstimmung die Bestimmung auf die anderthalbfache Zahl gestrichelt. Der § 7 wurde dahin geändert: Die Wahlkreisabteilung und die Zusammensetzung zum Verbandswahlkreis regelt die Anlage. Eine längere Debatte entspann sich auch über die Verbindung der Kreiswahlvorschlüge innerhalb eines Verbandswahlkreises, sowie über die Annahme der Kreiswahlliste. Einer Anregung des Abg. Olshagen (H. Soc.), die Kandidaten der Reichsliste erst nach der Wahl zu nennen, wurde von anderer Seite lebhaft widersprochen. Auch trat der Zentrumsvorredner Andre für die Einheitswahlvorschläge ein. Man solle es den Parteileitungen überlassen, die Abgeordneten nachträglich zu benennen. Minister Roß erklärte, daß dies der Verfassung widerspreche. Die Wähler müßten die Kandidaten der Reichsliste kennen. Diese solle Rücken in der Kandidatenliste ausfallen.

## Haenisch geht vor.

Erlaß gegen den Militarismus in der Schule.

Ein Erlaß, des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ordnet an: Die Direktoren der höheren Lehranstalten für die männliche Jugend sind anzuweisen, den Schülern den Beitritt zur militärischen Organisation (Zwangsregimenten, Einwohner- und Ortschaften usw.) zu untersagen. Beurlaubten Schülern, die bereits bezahlten Ber-

Der Regierung fehlen gegenwärtig die Mittel und die Organe zur Abwehr und Zerschörung der Putschorganisation. Deshalb bleibt nur ein einziges letztes Mittel übrig, das Aufrufen der Arbeiterschaft, selbst die Verteidigung der Republik, der demokratischen und republikanischen Rechte, der Rechte des Proletariats und des Sozialismus in die Hand zu nehmen. Wenn in den nächsten Tagen die Arbeiterschaft zum Eintritt in die Sicherheitsbewehrung aufgerufen wird, so muß sie dieser Aufforderung so fort und zahlreich Folge leisten.

## Unterdrückung des Republikanischen Führerbundes.

Der Republikanische Führerbund schreibt und: Der Herr Reichspräsident hat sich vor einigen Tagen in einem Erlaß gegen die Politik im Heere ausgesprochen. Dieser Erlaß wird ähnlich wie der bekannte Juli-Erlaß des ehemaligen Reichswehrministers Kossel von den militärischen Dienststellen wie folgt ausgelegt: Am 2. 4. 20 gab der Adjutant der Kommandantur des Truppenübungsplatzes Ruckhammer (Queda) in einer Versammlung der dortigen Ortsgruppe des Republikanischen Führerbundes folgendes bekannt: Die Werbung für den Republikanischen Führerbund wird bestraft. Offiziere und Unteroffiziere, die dem Republikanischen Führerbund beitreten, werden sofort ohne jeden Anspruch auf Abfindung entlassen. Die Kommandantur ist dem Generalkommando (General Graf von Finkenstein) angewiesen, jede Werbung mit allen Mitteln zu unterdrücken, da der Republikanische Führerbund unter dem Einflusse der kommunistischen Partei stehe.

Ähnliche Befehle wurden erlassen von dem Kommandeur einer Reichswehrbrigade in Mecklenburg von Cerber und dem zuständigen Bezirkskommando in Jüterbog. Der Republikanische Führerbund muß mit Bestimmtheit annehmen, daß die in diesen Tagen sich häufenden Verbote des Republikanischen Führerbundes ein bestimmtes System vertreten, dessen Fäden im Reichswehrministerium zusammenlaufen. Der Beweis ist schon dadurch erbracht, daß die verschiedenen Befehle der verschiedenen militärischen Dienststellen das gleiche Datum tragen.

Auch diese Dinge befestigen die Gewißheit, daß die Militärs nach wie vor in durch und durch reaktionärem Sinne arbeiten. Wenn ihnen freilich so in die Hand gearbeitet wird, wie von Herrn Ebert, der als Präsident der Republik den Kampf gegen die Republikaner aufnimmt, so braucht man sich weiter nicht zu wundern. In welcher Weise gedenkt man aber die Reform der Reichswehr vorzunehmen, wenn man die republikanisch gesinnten Elemente systematisch unterdrückt? Diese Anträge gilt dem Reichswehrminister Kossel. Wir warten darauf, daß er jetzt endlich seine Arbeit beginnt.

## Aufruf

Kameraden, die ihr Mögliches des Kapp-Putschs aus der Reichswehr-Sicherheitsbewehrung entlassen oder ausgetreten seid, müßt Euch sofort unter Anwaltschaft der Anwaltschaft des Zentralrats und des Vorkamms beim Republikanischen Führerbund, Berlin N. O., Luisenstraße 11b. Der Republikanische Führerbund wird dafür sorgen, daß ihr wieder eingestellt werdet und Euch neue Gehaltsbefehle vom Tage des Austritts ab nachgezogen werden. Kameraden, die ihr aus der Reichswehr-Sicherheitsbewehrung wegen Eurer republikanisch-demokratischen Gesinnung entlassen seid, meldet Euch sofort beim Republikanischen Führerbund. Die Werbung muß schriftlich unter genauer Angabe des Vorkamms erfolgen. Der Republikanische Führerbund wird dafür sorgen, daß ihr wieder eingestellt werdet.

## Republikanischer Führerbund.

mationen angehörend, haben unverzüglich ihren Austritt zu erklären bzw. um ihre Entlassung nachzusuchen. Dieser selbstverständliche Erlaß hat lange genug auf sich warten lassen. Herr Haenisch sollte nicht nur auf die Schüler der höheren Lehranstalten, sondern vor allem auf die Studenten ein wachsameres Auge haben. Zwar kann man ihnen den Eintritt in militärische Organisationen nicht verbieten, aber man sollte sofort jede Vergünstigung, wie Unterbrechung des Studiums, Anrechnung von Semesteren u. dergl. für militärische Dienstleistung zurückstellen.

## Die Auslieferung der Handelsflotte.

Die deutsche Seefahrtsdelegation hat von der Wiesbadener Untersuchungskommission eine Botschaft erhalten, in der auf das dringlichste unter dem 6. März 1920 vorgelegte Memorandum über die Unmöglichkeit der Auslieferung der gesamten Schiffe geantwortet wird. In der Antwort wird gesagt, daß noch eingehender Prüfung aller Einzelheiten der Angelegenheit die Kommission zu dem Beschlusse gelangt ist, daß nicht genügend Gründe vorgebracht waren, um eine Abänderung der Bestimmungen des Anner 3 der von der deutschen Delegation geforderten Art zu rechtfertigen. Die Wiesbadener Untersuchungskommission fordert die deutsche Seefahrtsdelegation auf, unverzüglich die Uebertragung des in Frage stehenden Schiffsräums in Angriff zu nehmen. Die deutsche Regierung hat darauf eine Note an die Wiesbadener Untersuchungskommission gerichtet, in der sie darauf aufmerksam macht, daß die Kommission nach dem Friedensvertrag verpflichtet ist, auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands bei ihren Entscheidungen Rücksicht zu nehmen. Die deutsche Regierung könne die Entscheidung der Kommission nicht stillschweigend hinnehmen. Sie werde weiteres Material unterbreiten und einen bestimmten formulierten Antrag stellen, wieviel Schiffsraum, welche Art Schiffe und für welche Zeit die Wiesbadener Untersuchungskommission Deutschland überlassen möge. Die deutsche Regierung werde in einer zweiten Note auf die Angelegenheit zurückkommen.

Die preussische Landesversammlung wird am 20. April ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nach Ostern treten keine Anträge und keine Vorlagen. Die Arbeitsdispositionen, die der Ausschuss am 20. d. M. festsetzen wird, werden sich wie folgt gestalten: Beschlüßigung des weiteren Verlaufes der Tagung des Rotetur und die Verfassungsvorlage in erster Sitzung zu beraten und im Anschluß daran die Groß-Berliner Eigentümerversammlung zu verhandeln.

### Anderkrankheiten der proletarischen Bewegung.

Das Erschreckende und Erhebende am gegenpärtigen Geschehen — schreibt der „Vasiert Vorwärts“, ein Organ des linken Flügels der schweizerischen Sozialdemokratie — ist die Aufrüttelung der Massen. In allen Ländern kommt sie in Bewegung, überall brockelt in den Tiefen. Die untersten Schichten erwachen und verlangen ihren Teil vom Leben. Während sie in den eigenen Ländern bereits zu revolutionären Handlungen schreiten, die erst Versuche bedeuten, das Schicksal selbst zu formen, kommt in anderen das Erwachen in einem schnellen Sprunge der proletarischen Organisationen und einem Meinungsgang zum Ausdruck. In einer so ausgesprochenen Uebergangsepoche, wo das alte entwirrt, aber das neue noch nicht gewachsen ist, werden bisherige Methoden verworfen, ohne im Moment etwas Ehrenbürtiges an ihre Stelle zu setzen. Alles ist im Fluß und in den Tiefen aufgewühlt.

In solchen Zeiten — fährt der „Vasiert Vorwärts“ fort — haben Utopismus und idealistische geistige Konstruktionen einen günstigen Nährboden. Leute, die mit sich selbst noch nicht im Reinen sind, machen sich Prophezeien an. Manche einer hat die Ueberzeugung, daß mit seinem Eintritt die Bewegung erst beginnt, weil er einmal von dem, was vor ihm war, keine Meinung hat und kaum begreift, daß alles, was ist und neu werden soll, auf dem Vergangenen beruht. Sie leugnen die Entwicklung und sehen nur die Gegenwart. Und mag sie noch so gewaltig sein, sie ist nur ein Ausschnitt, lediglich möglich durch die Arbeit untergegangener Generationen. Das universelle Erschließen der sozialistischen Bewegung fehlt den guten Leuten, die sicher meistens ehrliche Menschen, aber schlechte Politiker und falsche Propheten sind.

Wie im Mutterlande der werdende Mensch die Entwicklung des Menschengeschlechtes wiederholt, so macht die proletarische Bewegung der Gegenwart alle Phasen der sozialistischen Entwicklung von der Utopie zur Wissenschaft durch. Minderkrankheiten, die als längst überwunden galten, leben neu auf und verwirren viele Geister. Der Mensch will selbst erfahren. Das Kind glaubt nicht, daß es am glühenden Ofen Schaden nimmt, bis es sich gebrannt hat. Die erwachten proletarischen Massen, die den Drang zur Umwälzung des alten in sich verspüren, lehnen den methodischen Kampf ab, bis sie sich blutige Köpfe im wahren oder bildlichen Sinne geholt haben. Wer in diesen Zeiten den wirklich revolutionären, weil zielbewußten, methodischen Kampf befürwortet, von blinden Missionen abträt und die objektiven Kampfbedingungen auch ein klein wenig mitzureden läßt, wird oft als Konterrevolutionär verschrien.

In seinen weiteren Ausführungen wendet sich der „Vasiert Vorwärts“ mit aller Entschiedenheit gegen die Versuche einer schweizerischen kommunistischen, die Sozialdemokratie zu spalten, um die Massen zu sich herüberzuziehen. Mit Recht bezeichnet das Blatt diese Versuche als Propaganda, die darauf zurückzuführen ist, daß die schweizerischen Kommunisten, in ihrer Sucht, das Ausland blind zu kopieren, an die Stelle der revolutionären Einsicht die bloße Schablone setzen. Diese Erscheinung beschränkt sich keineswegs auf die Schweiz. Auch in Deutschland hat die revolutionäre Arbeiterbewegung das Wirken jener „schlechten Politiker und falschen Propheten“ zu spüren bekommen. Auch hier werden Menschen, die den „wirklich revolutionären, weil zielbewußten, methodischen Kampf“ befürworten, als „Konterrevolutionäre“ verschrien. Minderkrankheiten der Bewegung? Jawohl. Es wäre aber schon an der Zeit, daß das Proletariat diese Minderkrankheiten überwindet. Denn die Zeit ist schwanger mit Ergebnissen von gewaltigster Tragweite, die nur zu meistern sind, wenn das Proletariat in voller geistiger Reife ihnen entgegentritt.

### Parteilichdiger an der Arbeit.

In Nr. 13 der „Käte-Zeitung“ finden wir erst kahl, nach dem Stattfinden der Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ das folgende Inserat:

An die Mitglieder der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“. Geschieht vollgültig bei der demnächstigen Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“!

Verlangt Wahl einer Untersuchungskommission zwecks Befestigung der Wählbarkeit in der Geschäftsführung der Genossenschaft!

Bildet einen Ausschuss zur dauernden Wahrung eurer Interessen und zur Sicherung eurer Gläubiger!

Zuführten erbeten an: Edwin Jacobs, Berlin W 20, Dohmsenstraße 30.

Die Art und die Form dieses Aufrufs ist bisher in der Partei völlig unbekannt gewesen. Sie zeigt, daß eine bestimmte Gruppe am Werke ist, ohne Rücksicht auf die Interessen der Partei einen Kampf gegen das eigene Parteiunternehmen zu organisieren. Obwohl für die Abhilfe angeleglicher Mißstände in der Partei ausreichende Sicherungen geschaffen sind, wird zur Bildung einer Sonderorganisation aufgefordert, die niemand verantwortlich ist. Das ist eine schwere Schädigung der Partei, gegen die sich die Genossen, denen das Wohl der Partei über Sonderinteressen geht, mit aller Entschiedenheit wehren müssen. Diese Treiberei ist um so verderblicher, als sie in einem Augenblick erfolgt, in dem das Proletariat alle Kräfte zusammenfassen muß, um der gewaltigen Gefahr der Gegenrevolution wirksam zu begegnen. Wer in einer solchen Zeit so zerreibend wirkt, handelt deshalb nicht revolutionär, sondern konterrevolutionär.

### Tagung der deutschen Berufssoldaten.

Der Reichswirtschaftsrath deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten begann am gestrigen Mittwoch im Bürgeraal des Schöneberger Rathhauses eine Verbandsauflösung. Nach Verlesen von Professor Schneider-Kosfeld über „Wissen und Bildung — die Grundlage zur Erhebung des Berufssoldatenstandes“ und des Verbandsvorsitzenden v. Oeynhausen über die Stellung der Berufssoldaten im Staatsleben wurde eine Resolution angenommen, in der ausgedrückt wird, daß die Reichswehr demütigt und freiwillig auf ihre Wählbarkeit verzichtet.

Der Vertreter des Reichswehrministeriums, Hauptmann Moizegewitz, bezeichnete das in den Kreisen der Unteroffiziere geltende Gerücht, daß derselbe eben dem General von Seede als

zu einem Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsrath bereit sei. Ein Hamburger Redner stellte in der Aussprache mit besonderem Nachdruck die Forderung nach gründlicher Säuberung der Reichswehr. Wenn diese Säuberung nicht schon in aller nächster Zeit vorgenommen werde, würden die Unteroffiziere zum Reichswehrministerium jedes Vertrauen verlieren. Der Redner brachte einen Vorschlag des Reichswehrgruppenkommandos I zur Kenntnis, der den Angehörigen der Reichswehr die Teilnahme an Versammlungen des Reichswirtschaftsrathes verbietet, und fordert die Zurücknahme dieses Beschlusses.

Hauptmann Moizegewitz entgegnete darauf, daß für die Zukunft beratliche Verfügungen der Gruppenkommandos unmöglich gemacht würden. Von einer Gehorsamsverweigerung derjenigen Unteroffiziere, die den Befehlen der Hauptkommandos folgen, könne keine Rede sein, da sich diese Offiziere außerhalb der Verfassung gestellt hätten. Die Befürchtungen der Unteroffiziere, für Gehorsamsverweigerung bestraft zu werden, sei deshalb nicht gerechtfertigt. (Zurufe: Bestrafungen sind bereits erfolgt!) Diese Bestrafungen würden aufgehoben und die Untersuchung in jedem Falle an das Zivilgericht überwiesen werden.

Von einem andern Redner wurde erklärt, daß die verfassungstreuen Unteroffiziere gegen alle Zusicherungen des Reichswehrministeriums solange mit Mißtrauen erfüllt seien, als die reaktionären Offiziere auf ihren Posten seien und die Verfassungstreuen Unteroffiziere herausdrängen. Er forderte Untersuchungsausschüsse unter Mitwirkung der brennlichen Behörden und des Reichswirtschaftsrathes.

### Eine Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Der zweite Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung hielt gestern wieder eine öffentliche Sitzung ab. Sie wurde mit der Vernichtung des Grafen Bernstorff eingeleitet. Vorher hatte der Vorsitzende Wörthein erklärt, daß der Ausschuss deshalb eine Pause habe eintreten lassen, damit die Akten veröffentlicht werden könnten. Dem Grafen Bernstorff sollte Gelegenheit gegeben werden, auf verschiedene Angriffe, besonders des Generals Ludendorff, zu antworten. Ludendorff war anwesend, in der Sitzung zu erscheinen, er war jedoch nicht gekommen.

Aus den Ausführungen des Grafen Bernstorff ist bemerkenswert, daß er wiederholt mit allem Nachdruck betonte, daß ohne den U-Bootkrieg ein Krieg mit Amerika nicht entstanden wäre. Nach seiner Auffassung habe Wilson einen sogenannten „deutschen Frieden“ nicht gewollt, aber er habe auch nicht einen vollen Sieg der Entente gewünscht. Wilsons Forderung: „freier Zugang zum Meer“, habe sich nicht auf das Bogen, was „der polnische Korridor“ genannt worden ist. Wilson habe niemals die Absicht gehabt, sich in die Einzelheiten europäischer Gebietsfragen zu vertiefen. In Amerika habe man Deutschland nicht geglaubt, daß es einen Verständigungsfrieden wolle.

Von den deutschnationalen Teilnehmern an der Sitzung wurde wiederholt versucht, den Grafen Bernstorff Widerprühe nachzuweisen. Er blieb jedoch bei seiner Auffassung. Die Verhandlungen wurden schließlich auf Freitag vertagt.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist heute in einer nichtöffentlichen Sitzung zu der Besprechung der schwedischen Fragen zusammengetreten. Der stellvertretende Vorsitzende Hagemann begrüßte den neuen Außenminister und hob das persönliche vertrauensvolle Verhältnis hervor, das zwischen dem auswärtigen Minister und dem auswärtigen Amt unter dem bisherigen Außenminister sich gegenseitig herauszubilden begonnen habe. Der Minister des Auswärtigen Dr. Koerber wies auf seine in Schweden gesammelten Erfahrungen und den dort erworbenen Nutzen des Zusammenwirkens aller Deutschen hin. Der Minister ersuchte um die Unterstützung des Ausschusses. Der Reichslangler Müller machte sodann eine Reihe von Mitteilungen über die Beziehung deutscher Städte durch französische Truppen, über die begleitenden Umstände und über die Absichten der Reichsregierung. Die anschließende Besprechung und die Beantwortung der im Ausschuss gestellten Fragen führte zu einer weitgehenden übereinstimmenden Auffassung der durch das feindliche Vorgehen Frankreichs geschaffenen und geänderten Lage und der daraus erwachsenen Aufgaben.

Generalkommando im belgischen Abtretungsgebiet. Wie der hiesige „Volkstribun“ erzählt, ist heute vormittag der Generalkommando in Eupen, Almedy und Moresnet ausgebrochen. Der Streik richtet sich gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen der belgischen Regierung in Eupen und Almedy und gegen die Abtretung der Reichsbahnen an Belgien, die von der Grenzkommission beschlossen wurde. Die Streikleitung hat den belgischen Behörden und der französischen Kommandantur in Moresnet eine Reihe von Forderungen überreicht. In Moresnet haben vormittags große vaterländische Kundgebungen stattgefunden. In den drei Kreisen ist der Generalkommando frei allgemein. Die ganze Bevölkerung, mit Einschluß von Post und Telegraphie, streikt. Ueber die Haltung der Eisenbahner ist noch keine Entscheidung getroffen.

Kreiswahlwahlen in Duxis. Nach dieser Verordnung des Staatsrates sind die Kreiswahl im Freistaat aufgelöst worden. Die neuen Wahlen finden am Sonntag, den 30. April statt. Die Kreiswahl haben dann die Kreiswahlkreise und Kreiskommissionen neu zu wählen. Bis zur Durchführung dieser Wahlen bleiben die Mitglieder der Kreiswahl, Kreiswahlkreise und Kreiskommissionen im Amte.

Konstituierung der Gewerkschaften. Bei der Erstwahl in Roch Bezr Camberwell wurde der Reichsminister Mac Namara (soal lib.) mit 6618 Stimmen gewählt. Mr Lawrence (Lib. Partei) erhielt 4733 Stimmen und Carroll (unabh. Lab.) 2850 Stimmen.

Berichtigung. Das Reichswehrgruppenkommando I teilt mit, daß die von uns wiederergebene Meldung der rechtssozialistischen „Preßlaue Volkspost“, daß die gegen rechtlich beim dortigen Generalkommando abgegebene Untersuchungssachen gegen zwei Offiziere wegen Todes an Frontbeamten plöblich verschwunden sind, nicht richtig sei. Die Akten seien vielmehr vom Generalkommando an das zuständige Militärgericht abgegeben worden, wo sie sich noch unverändert befänden.

### Frankreich und England.

Paris, 14. April. „Matin“ melbet, in den Verhandlungen, die in Londen im Namen Frankreichs von den Bevollmächtigten de Cherville und Du Palgout mit russischen Vorkommissaren geführt wurden, hätten die russischen Vertreter sich geweigert, die Schulden des alten russischen Reiches gegenüber Frankreich anzuerkennen. Sie hätten die Möglichkeit von Konzessionen zur Ausbesserung der russischen Wirtschaft in Aussicht gestellt. Was die Handelsverhandlungen anbetreffe, sei Krassin bereit, Kolonialwaren, Waggonen und Eisen zu kaufen und mit Holz zu bezahlen, weigere sich aber, Rohmaterialien zu liefern.

### Millerand im Senat.

Paris, 14. April. In der heutigen Sitzung des Senats gab Millerand dieselbe Erklärung ab wie gestern in der Kammer. Er schloß mit den Worten: In demselben Augenblicke, in dem Senar Law im Unterhaus im Namen seiner Regierung seine Erklärung abgab, treten der französische und der britische Kriegsminister in Paris zusammen, um, indem sie den Worten gleich die Tat folgen ließen, mit ihren militärischen Sachverständigen zu beraten über die Entwertung Deutschlands. Dies hebt den Wert und die Festigkeit unseres Bündnisses hervor.

### Millerand und Hoch reisen nach San Remo.

S. R. Paris, 14. April. Millerand wird am Freitag in Begleitung von Hoch nach San Remo reisen. Hoch wird sich auf der Konferenz nicht nur mit den militärischen Bestimmungen des türkischen Friedensvertrages, sondern auch mit den Maßnahmen zu beschäftigen haben, die zur Sicherung der deutschen Abstrahlung getroffen werden sollen.

### Die Belgier in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 14. April. Ein belgisches Bataillon trat heute nachmittag 4 Uhr auf dem Hauptbahnhof zur Verstärkung der hiesigen französischen Garnison ein und wurde durch die gesamte französische Garnison unter militärischem Gebränge empfangen. Im Anschluß an den Empfang fand eine Parade der belgischen und französischen Truppen auf dem Opernplatze statt.

Die Unterzeichner des von uns bereits gemeldeten Protestes der Frankfurter Presse sind vom kommandierenden General mit je 1000 Mark Ruhe besetzt worden, weil sie es in ihrem Schreiben „an Ehrerbietung“ hätten fehlen lassen.

### Gewerkschaftliches.

#### Lohnbewegung der Arbeiter in den Reichs- und Staatsverwaltungen.

Die im Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband organisierten Arbeiter der Reichs- und Staatsverwaltungen hielten am 18. April eine außerordentliche Hauptbesitz Vertrauensmännerversammlung ab. Gegenstand der Erörterung waren die mit den Vertretern der Reichs- und Staatsregierung stattgefundenen Verhandlungen über den neuen Lohnsatz. Nachdem in den ersten Verhandlungen starke Relingung bestand, auf einer für beide Teile zufriedenstellenden Basis zur Einigung zu gelangen, ist im letzten Augenblick von einem Minister (Giebert?) Protest gegen die angeblich zu hohen Lohnsätze eingeleitet worden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß für das Personal der Post, dieser Tarif nicht in Frage kommt und nur lediglich Befürchtungen anderer Art für den Einspruch hier maßgebend waren. Die Entscheidung hierüber war in der Verammlung derartig, daß sich selbst so ruhige Arbeiter, wie die in den Staatsverwaltungen beschäftigten, zu dem Entschluß gedrängt fühlten, einstimmig für den sofortigen Streik einzutreten.

Singu kam, daß bis Dienstagabend ein Ministentscheidungs fest zugesagt war und der Bevollmächtigte der Organisation, Scharlau, ohne diesen Bescheid, mit leeren Händen der Verammlung gegenüberstand. Die Vertrauensleute glaubten, daß ihnen die letzte Konzeption aufgedrungen werden solle und wollen diese Konzeption ablehnen. Da die Forderung bereits wieder überholt seien, müsse als Minimum daran festgehalten werden. Beschlossen wurde, streng nach gewerkschaftlichen Grundätzen eine Abstimmung vorzunehmen. Das Resultat dieser Abstimmung stellen die Vertrauensleute innerhalb 48 Stunden der Verhandlung zu. Scharlau versprach, nach § 21 des Mantelarifvertrages sofort den Schlichtungsausschuss anzurufen, um keine Einigungsmöglichkeit außer acht zu lassen. Der einstimmige Beschluß der Funktionäre bürgte für Durchführung der gerechten Forderungen.

#### Zur Lohnbewegung der Spritarbeiter.

Die in den Spritfabriken Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter stehen in einer Lohnbewegung.

In Frage kommt die Firma Kahlbaum, Abteilung Lichtenberg und Adlerhof, ferner die Spritfabriken von Eisenmann, Wahlenstraße, Ostendische, Reinholdsdorf, und Nord- und Süd-berlin, Lichtenberg.

Die Löhne betragen zur Zeit 145 M. für gelehrte und 140 M. für ungelehrte Arbeiter.

Bei der stattgefundenen Verhandlung über eine weitere Erhöhung der jetzt gezahlten Löhne konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Nach beiderseitigem Einverständnis der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmerorganisationen wurden die Vertreter des Bauereis- und Wählendellerverbandes beauftragt, unter Vorbehalt eines Inparteilichens den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin zur Bildung eines Schlichtungsgerichtes anzurufen.

Die Unternehmer erklärten sich bereit, die erhöhten Löhne nach Erfüllung des Schlichtungsgerichtes rückwirkend ab 1. April ihren Arbeitern nachzuzahlen.

Distrikter der Gewerkschaften. Ueber diese in unserem Markt schon erörterte Belistrage werden in einer vom Bund der technischen Angestellten und Beamten veranstalteten Verammlung heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Unionstraßen, Ostendische 2/31, die Vorkanndmitglieder Aufhäuser, Sündeler und Schmalzer dieses Bundes sprechen. Wie wir hören, haben auf die Einbindung dieser Angehörigenorganisationen im nachhaste Politiker und Gewerkschaftler zugesagt, sich während der Diskussion über diese Frage auszusprechen.

Beamtenbesetzungsreform. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der den gesamten technischen Beruf organisiert und heute 130 000 Mitglieder zählt, nimmt Donnerstag nachmittag 5 Uhr im Herrenhaus, Leipziger Str. 24, zu der Regierungsvorlage der Beamtenbesetzung Stellung. Der Geschäftsführer der Abteilung „Städtischer“, Herr Ingenieur Mathieskamp, der an allen Vorbereitungen teilgenommen hat, wird hierzu referieren.

Deutscher Textilarbeiterverband Berlin. Färber- und Wäscherbranche Versammlung am Donnerstag, den 15. April, abends 7 Uhr, in der Weißbörse, Scharnhorststr. 14 (im Zentral-Büchhof). Bericht von der Tarifverhandlung. Alle haben zu erscheinen. Die Brandensleitung.

Die Angestellten der Berufsgenossenschaften nahmen in einer Versammlung ein Komitee des Jugendgruppenleiters Rayer ein, gegen den eingangs auf den Generalstreik einging, und die belandeten Vorgehänge schloß. Sodann wurde er vor Berichtigungszusammenkunft, die von einigen Quertreibern in Szene gesetzt wurden, und durch die am 1. April in Kraft getretene und unbedingt notwendige Weitergehungen offener Löhnen für den April durch den Appell fest zusammenzufassen und dem Unternehmen eine abschließende Bilanz bieten zu können, schloß der Referent seine Ausführungen. In der Diskussion wurde von den Rednern die laue Haltung der Angestellten der Berufsgenossenschaften im Generalstreik kritisiert. Zum Schluß beschäftigte sich die

# Aus den Delegierungen.

Westfäl. Offerte der politischen Kommissionen aller 18 Distrikte. Sitzung am Donnerstag, 17. April, pünktlich 8 Uhr, Schulstr. 57.

4. Distrikt, 6. Abteilung, Senta, Donnerstag, 7 Uhr, Sahlens in der Villa Reichardt, Straße, Ecke Jäger Straße, Vortrag über: „Die politische Situation.“

6. Distrikt, Senta, Freitag, 7 Uhr, Sitzung der Agitations- und Schulungs-Kommissionen bei Eise, Kleine Karlsruferstr. 19.

6. Distrikt, Der Rufus des Gen. Rosenberg wird am Donnerstag, 17. April, abends 7 Uhr in der Schule Weihenburger Straße 4a fortgesetzt.

6. Distrikt, 6. Abteilung, Freitag, 16. April, abends 7 Uhr, Abteilungsvorstellung in der Schulstraße-Kloster, 16.

11. Distrikt, 8. Abteilung, Freitag, abends 7 Uhr, Abteilungsvorstellung in der Villa der 210. Gemeindefeld, Sattelher Straße 42. Bericht von der Generalversammlung.

11. Distrikt, Sonnabend abends 7 1/2 Uhr im Gefängnis der Schule Gartenstr. 25 Fortsetzung der Referentenrede.

12. Distrikt, Donnerstag abends 7 Uhr, Sitzung der Agitations-Kommission bei Aheine, Stoipfische Straße 99. - Freitag abends 7 Uhr, Sitzung der politischen Kommission ebenfalls.

15. Distrikt, 1, 2, und 3. Abteilung, Freitag, 22. April, abends 7 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder aller Kommissionen in der Schulstraße Tegeler Straße 15. „Die Kommissionen und die bevorstehenden Wahlen.“ Referent: Genoffo Hermann Welle.

Charlottenberg, Freitag abends 7 Uhr, Sitzung der politischen und kommunalen Kommission im Reichshaus, Zimmer 304. - Distrikt der westfälischen Vereine, Sitzung der Wahlkommission Freitag abends 7 Uhr im Charlottenburger Rathaus, Zimmer 304.

Schlesische Arbeiter- und Gewerkschaftskommission. Heute abends 7 1/2 Uhr Sitzung bei Müller, Wogenstr. 18.

Neukölln. Heute abends 8 Uhr Gründung des Ortskomitees im Bergmann, Berliner Straße. Ergehen aller Ehrenämter erforderlich.

Lichtenberg. Kommunal-Kommission. Sonnabend, 17. April, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung im Cecilian-Exerzium (Handarbeitsaal), Nikolaistraße 8.

Weihenburger. Freitag abends 6 Uhr Sitzung der gesamten Frauen-Kommissionen bei Wofsky, Berliner Allee 200. Vor dort aus Teilnahme an der Kommissionssitzung im „Pöhlchen“.

Reinickendorf-Bell. Freitag abends 6 1/2 Uhr öffentliche Frauenversammlung in der Villa der 5. Gemeindefeld. „Die Frauen im neuen Deutschland.“ Referentin: Genoffo Wurm.

Reinickendorf. Eierbeiträge der hiesigen Volksschulen Freitag abends 7 1/2 Uhr Versammlung in der Villa des Realgymnasiums, Berner Straße. Vortrag: „Die Aufgaben der Elternbeiträge.“ Wahl eines geschäftsführenden Ausschusses.

Parteilagenoffen, die zur Expedition Volkmann, Sulfitenstraße, gehören. Sonntag, 18. April, vorm. 10-11 Uhr, Neuwahl des Expediteurs. Mitgliedsbuch legitimiert. Wahlhale: Kasse, Hieselstr. 18, und Scharf, Neue Hofstr. 49.

familie W.C.G. (Kette) abends 7 Uhr Schiffs-Kommision in den Pöhlchen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. - Frauengruppe 102 (Angehörige der Korrespondenz-Kommision) abends 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in den Pöhlchen, Söppelstr. 17/18. - Versammlungen am Freitag: Frauengruppe 2 (Sillinger) in der Villa der Weihenburger Straße abends 7 1/2 Uhr in den Pöhlchen, Söppelstr. 17/18 (Tagesordnung: Die Zentralverwaltung und seine Organe). - Frauengruppe 4a (Sektion der Verkehrsvereine) abends 7 1/2 Uhr Vertikalenversammlung im Restaurant Soffe, Hieselstr. 6. - Der Zentralverband der Arbeiter, Otto-Exerzium Groß-Berlin, Söllow I (Wurffabrik und Pfeiffereien) veranstaltet am Sonnabend, 17. April, ein Frühjahrsfest im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94. - Sektion III (Darm und Hüttenindustrie). Sonntag, 18. April, nachm. 4 Uhr, großes Frühjahrsfest in den Pöhlchen, Söppelstr. 18.

Luzerner Verein „Nichte“. Vortrefflicher Besichtigung des 1. Bezirks des 1. Kreises des A.E.C. Donnerstag abends 7 Uhr Sitzung in Emil Büllers Pöhlchen, Schwedter Straße 23/24. - 17. Männer-Abteilung Freitag abends 9 Uhr Versammlung bei Sontag, Schulstr. 74. - 12. Männer-Abteilung. Sonnabend abends 7 Uhr öffentliches Turnier in der Turnhalle Eberwälder Straße 10.

Schwimmverein „Welle“. Sonnabend, 17. April, pünktlich 6 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal, Mühlentstr. 53. Das Jubiläumsangebot der Firma Stiefelkönig (f. Informat) will auf eine reichhaltige Auswahl in Herren-, Damen- und Kinderkleidung hin.

## Theater und Vergnügen.

**Volkstheater**  
Theater am Plöwenplatz  
7 Uhr: Paul Lange und Dora Parsowz.

**Neues Volkstheater**  
Königsplatz 10  
7 Uhr: Das Paradies

**Staatstheater**  
Opernhaus  
6 Uhr: Madame Butterfly  
Schauspielhaus  
6 Uhr: Der Kronprinz

**Deutsches Theater**  
7 Uhr: Dame Kobold

**Kammerspiele**  
7 Uhr: Gabriel Schöllers Flucht  
Großes Schauspielhaus

**Königgrätzer Straße**  
7 Uhr: König Nicolo  
Fr. Schloß Wetterstein  
Sonnabend: König Nicolo

**Komödienhaus**  
48 Uhr: Der Herr Minister  
(Max Pallenberg)

**Berliner Theater**  
7 Uhr: Der letzte Walzer  
(Pritz Mastry, Otto Storm, Hans Wassmann)

**Lessing-Theater**  
7 Uhr: Peer Gynt  
Freitag 7 Uhr: Pyramion  
Sonnabend 7 Uhr: Pyramion

**Deutsch-Köln-Theater**  
Allabendl. Menagerie  
7 Uhr: Der Adler  
(Adulert, Götz, Haack, Koschewski, Fischer, Morgan, Hettmann)

**Trianon-Theater**  
(Bahnhof Friedrichstraße)  
Täglich 8 Uhr

**Myrrha**  
Sonnab. 4 Uhr: Max und Moritz  
8 Uhr: Herrsch Däner vs.

**Residenz-Theater**  
(Stadthaus Jannowbrücke)  
Täglich 8 Uhr

**Die Raschhoffs**  
von Herm. Sudermann.  
Sonnab. 4 Uhr: Rotkäppchen.  
Sonnab. 4 Uhr: Der gute Rat

**Neues Operettenhaus**  
Direktor: Jean Kraus  
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:  
Mia Werber u. G. in

**Die kleine Heide**

**Rose-Theater**  
7 Uhr: Das Lied der Liebe

**Walhalla-Theater**  
Stg. 31 U.: Casanovaletta  
7 1/2 Uhr: Der Rastelbinder

**Casino-Theater**  
7 1/2 Uhr: Ein alter Sinder  
Sonnab. 3 Uhr: Onkel Moritz

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 218.  
Allabendlich 7 1/2 und 9 1/2 Uhr  
Undertreffliches Varieté-Programm!

**Elite-Sänger**  
Horsl, Russell,  
L. Kaiser, Kosterlitz,  
Büchsen-Triplett  
Vorr. 11-13 u. 4-6 U.

**Für eigenen Bedarf**  
kauft Klavier, Orgel, Garni sowie  
sämtl. Patentstoffe, auch gute  
Sinnwe. Zeigt höchste Preise.  
41, 43 u. 51, Schindlerstr.

**Grammophonplatten**  
**p. Ko. 19 M.**  
Sprechmaschinen-  
Patente, auch zerbrochenen,  
Zelluloidabfälle, Filme,  
Glasstumpfscheibe kauft  
höchstzahlend  
**Metalikantor W. John**  
SW 6, Alte Jakobstr. 138.  
Geöffnet 1903.  
Telephon: Moritzplatz 12530.  
Uoelinet werktäg. V. 9-4 Uhr.

## Vor der Volksabstimmung für Ostpreußen

**Ostpreußen meldet Euch sofort!**  
Auskünfte über Unterkuft, Verpflegung, Fahrt und Kinderfürsorge erteilen: Hauptgeschäftsstelle Berlin SW 11, Halesches Ufer 24, Lützow 2075 (9-4), N und NW: Restaurant Plichta, Soestr. 39, Moab. 1239 (nachm. 3-8). NO: Restaurant Gellian, Landsberger Allee 146 (nachm. 3-5). S und SO: Frau Bertha Poock, Stallter Str. 2a, Mpt. 105 60 (9-1, 3-6). Ca. SW: Markthallen-Restaurant, Marktsteckplatz (nachm. 6-9). W u. Charlottenburg: Restaurant „Zum Ostpreußen“, Kaiser-Friedrich-Str. 82 (nachm. 2-7). O: Herr Kaufm. Rätzig, Frankfurter Allee 4, Kast. 9819 (9-6). Pankow, Niederschönhausen, Reinickendorf, Schönhof: Vorort an der Bernauer Bahn; Herr Lehrer Paul, Nieder-Schönhausen, Bismarckstraße 21a. Tel. Pank. 331 (5-7). Lichtenberg-Friedrichsfelde: Herr Lehrer Weiler, O. Müggelsee, 30 (nachm. 3-5). Baumschulenweg-Treptow: Herr Karl Saschke, Treptow, Lelhelstr. 2 (4-6). Ober- und Nieder-Schönhausen: Herr Reichwald, Oberschönwald, Parkallee 1 (nachm. 3-5). Friedrichshagen u. Umgegend: Herr Lehrer Straube, Mythenallee 12. Cöpenick u. Umgegend: Herr Justizrat Klein, Kalzeck-Angustia-Viktoria-Str. 18, Tel. Cöpenick 82. Neukölln, Britz, Rudow: Restaurant Hammer, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 28-29. Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade: Herr Kassensekretär Falk, Tempelhofer Konradstr. 27. Groß-Lichterfelde, Steglitz, Südende, Lankwitz, Zehlendorf, Dahlem, Grunewald: Herr Franz Schikorr, Groß-Lichterfelde W, Margaretenstr. 9, Tel. Lichterfelde 3452 (9-8). Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau, Schmaragdendorf: Restaurant Grund, Schönberg, Goldstraße 30 (2-6). Weißensee, Heinersdorf, Wilhelmsberg: Herr Lehrer Gronski, Weissenhof, Parkstr. 32.

**Hochgradig pockennarbige Personen wollen sich zwecks wissenschaftlicher Aufnahmen schriftlich melden**  
unter „Kultur 1920“ Exped. d. Blattes, Schiffbauerdamm 19.  
**Ein grauer Kopf**  
macht 10 Jahre älter! Ergraste Haare erhält sofort ihre frühe Farbe echt und naturgetreu wieder durch mein garantirtes „Schönheit-Ahn“, 10 all. Farbberberlich P. 1. 5. 30. 9. Mon. 13. 50 M. Otto Reichel, Berlin 96 S.O., Eisenbahnstr. 4.

**Ueber Staatsbankerott?**  
spricht:  
**Julian Borchardt**  
am Freitag, den 16. April 1920, abends 7 Uhr bei Kliem, Hasenheide Nr. 13  
Freie Aussprache

**Dr. Kleine Roman**  
Widm. ein oberirdisches Weltes Welt.  
Einfachheit u. Pfl., vierjährlich 10.- M.  
Nr. 14: Geog. Giesfeld, Das Haus mit der Pergola, Wuhl. von Jörn Wolff.  
Nr. 15: Paul von H., Die festsitzige Tafel, Wühl. von Ernst Pöhlert.  
Nr. 16: Jakob Schaffner, Das verstaute Seespiegell.  
Mit Bild von Prof. Max Liebermann  
In beziehen durch alle Buchhändler, Buchhandl., Zeitungsverläge, f. u. den Verlag von G. & C. Hermann & Co., Berlin C 39 19.

**Kupfer, Messing, Zinn**  
Sämtl. Metalle  
**Quecksilber**  
**Platin**  
**Gold-, Silber-, Abfälle**  
**Zahngebisse** kauft zu riesig hohen Preisen in unseren 6 Einkaufsstellen  
**Metal-Zentrale**  
1. Brunnenstr. 11 am Rosenfelder Platz  
2. Fennstraße 48 am Weddingplatz  
3. Bausseilstr. 29 nahe der Termstraße  
4. Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof  
5. Neukölln Kais.-Friedr.-Str. 229 nahe Hermannplatz  
6. Weidenweg 72 am Balmplatz.

**Spezial-Arzt** für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden. Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Urtin- und Blauterchenzungen. S. 11. 2. Separates Damenzimmer. Erste und älteste Heil-Anstalt Löser Dir.: Löser senior. Dr. Skottl nur Rosenthaler Straße 69-70, 9-1, 6-8, Sonnt. 19-1.

**Spezial-Arzt** für alle Geschlechtskrankheiten, Harn-, Frauenleiden, Blutunterzungen, Salvarsan-Kur, Behandlung schnell, sicher, ohne Berufstörung. Mäßige Preise. Dr. med. Lommer. Sprechzeiten 10-1, 4-7, 8, 10-11. Brunnenstr. 185, (Rosenth. Platz.)

**Spezial-Behandlung** v. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. veraltete hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urtin- und Blauterchenzungen, Licht- und Pinsel-Behandlung, Elektr. Durchleuchtung, Bestrahlung, Getrunke, Warzengewebe, für Damen und Herren. **Ausrüstung Hollenstall, Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntags 7-1.**

**Münzen, Briefmarken**  
kauft Grossmann, Johannesstr. 4 Norden 106 21.

## Jubiläums-Angebot

Damen:		Mk.
Lederpangenschub, engl. Abm.	50.00	
Doppel-u. Cherr-Schnürsch.	175.-	
Hochschul-Stiefel m. Stöckchen	190.-	
Cherr-u. Boxall-Schnürstiefel	225.-	
Lackschuh	375.-	
Herren:		
Schnürstiefel, elegante Form, gutes Fabrikat	253.-	
Kinder:		
Leder-Schnürstiefel, 10/11	27.25	
Lederstiefel	27.25	
m. Himsst	42.25 47.25	
Boxall-Schnürstiefel	125.- 135.-	
Mädchen-Jegelluch - Spangenschuh 5/6	27.25	
Grobe Auswahl in leichten Leder- u. Latten-Halbschuhen.		

**Stiefelkönig**  
FRIEDRICHSTR. 131 E., A. D. KARLSTR.

**Kupfer :: Messing Quecksilber Blei :: Zink**  
zum höchsten Tagespreis  
**Schulzendorfer Str. 2.**

**FAHRRÄDER**  
mit und ohne Gummi, Mastel und Schlauche, auch defekte und Ersatzteile, gebündeltes Zeitungspapier  
Metalleinkaufsstelle  
Neukölln, Schillerpromenade 23.

**TRAURINGE**  
DUKATENGOLD 900  
14 kar. Gold 555 gestempelt, 8 kar. Gold in allen Preislagen.  
VERKAUF DIREKT AN PRIVATE Goldwaren-Fabrik  
**Weinstock G. m. b. H.**  
Central:  
**BERLIN, Mohrenstrasse 16**  
am Untergrundbahnhoff Friedrichstraße Alexanderstraße 14a, nahe Jannowbrücke, Kottbuser Damm 24, Charlottenburg, Stuttgarter Platz 3 und Schöneberg, Grunewaldstraße 19. Achtung! kein Laden.  
Geöffnet von 9-1 und 2-6

**Zeitungspapier Kilo 1,80**  
sowie alle anderen Sorten  
zahlen die höchsten Preise wie allbekannt die  
**Produktenhandlung,**  
Berlin SO., Oranienstraße 184.

**Spezialbehandlung** für Haut- und Geschlechtsleiden  
**C. Weissert,** Invalidenstr. 147, I. Etage, Ecke Bergstraße.  
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung  
Sprechstunden 10-12 und 4-8, Sonntags 10-12

**Zentral-Verband der Hiphaltene**  
Ordnungsverwaltung Berlin.  
Freitag, den 16. April, abends 7 Uhr  
**General-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Mer 15 (großer Saal). Tagesordnung: 1. Bericht über den I. Quartal, 2. Rechnungsabrechnung, 3. Bericht über die Arbeit des Centralverbandes.  
Ordnungsverwaltung, 3. K.-B. Ringstr. 11/12. Mitgliedsbuch legitimiert!

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Todesanzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schleifer **Karl Grunow,** Lübbener Straße 29, am 12. d. M. gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emma-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
Nachruf.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin **Eise Juhre,** Oppelser Straße 22, am 1. d. M. gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!**  
Die Ortsverwaltung.

**Nachruf!**  
Am 13. d. Mts. verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser hochverehrter Chet, der Büstenfabrikant **Herr Franz Littmann.**  
Sein lauter Charakter und seine rege Schaffensfreude sichern ihm bei uns ein bleibendes Gedächtnis. So wie wir ihm im Leben nahe gestanden, so wollen wir ihn auch nach dem Tode ehren.  
**Die Angestellten und die Arbeiterschaft der Firma H. Kühn Inh. F. Littmann.**  
Berlin-Pankow, den 13. April 1920.  
Heynstraße 30.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. Mts., nachmittags 3 Uhr 30 Min., von der Leichenhalle des 3. Pankower Friedhofs, Schönholzer Heide (Bahnhofstr.) statt.  
Fahrverbindungen: Bahnhöfen 23, 36, Siemensbahn und Hahnhof Pankow-Nordbahn.

**Langjährig wissenschaftlich-tätiger Parteigenosse**  
(halbbilin.)  
sucht einen geeigneten Arbeitsraum zur Arbeit für den Wahlkampf, da er infolge des Wohnungsmangels technisch sehr behindert ist. Er bittet begüterte Parteigenossen um evtl. Überlassung eines geeigneten Raumes.  
Offerten an die Redaktion der „Freiheit“ unter O. J.

**Elektrische Keilzahn-Drähte Kabel - Litzen**  
Dynamo-u. Klingeldraht kauft höchstzahlend  
**Silbermann**  
Neue Kloßstraße 22  
Penzance, Alex. 2115.

**KUPFER**  
Messing, Blei, Zinn, Zink, Quecksilber, Rotguss, Aluminium kauft  
**Metal-Ankauf**  
Lohrlagerstr. 59-901/1er

**Nur kein Neid!**  
Höchste Preise sämtlicher Altmetalle  
**Metallschmelze**  
Prinzeßinnen Str. 17  
nebst Wertheim (Moritzpl.)

**Elektromotore**  
Gleichstrom u. Drehstrom kauft  
**Ingenieur-Büro Schlichting**  
Berlin W 9, Liskstr. 12.  
Tel.: Lützow 2705 und 1218

**Schnellaufbohrer, neue, jeden Posten bis 200 mm, Naturstahl, Holzschrauben kauft**  
**Friedrich Morgenstern**  
nur Lichtenberg,  
Weichholzstr. 18, Alex. 1209

**Schnellaufbohrer,** Schmirgelbohrer, Naturstahl, Fraser, Reibbohrer, Gewindebohrer neuer Typus kauft zu allerhöchsten Tagespreisen. Händler Extrapreise. Menschler, Moritz, Köstcker Str. 22, 7

**25 Mk. per Kilo**  
reines Zinn  
Weißmetall per kg 11.- Mk. und sämtliche andere Metalle zu den allerbötesten Tagespreisen kauft **Tausche, Berlin, Weichholz Str. 20, Langehekestr. 4, Ecke Eilinger Str., Warschauer Str. 79 und Wilmersdorf, Bernhardtstraße 15a.**  
Kupferleitungen, Motore, Dynamos, kauft zu Höchstpreisen  
**Elektro-Büro-Vertrieb,** 1 Treppen, nicht Kölln, Alexander 2024.

Das Märchen vom kommunistischen Putz.

Anlagerede des Genossen Braß in der Nationalversammlung.

161. Sitzung, Mittwoch, den 14. April

Vorsitzender: Herr Henning eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Er tritt mit, daß der deutsche Bevollmächtigte gegen das Verhalten der Interalliierten Kommission in Österreich Einspruch erhoben hat, wozu den deutschen Abgeordneten die Kaiserliche Verordnung wurde. Die alliierte Kommission hat erklärt, daß sie von ihrem Standpunkt nicht abzugehen wolle. Es wird daher Beschwerde beim Obersten Rat in Paris eingeleitet worden.

Die politische Ansprache.

Die Besprechung der Regierungserklärung über die Vorgänge im Ruhrgebiet wird darauf fortgesetzt.

Hg. Braß (U. Soz.):

Der Reichsländer ist am Montag gegen den französischen Militarismus zu Felde gezogen, hat aber dabei vergessen, daß im eigenen Lande der Militarismus nicht, wie er erklärte, unterdrückt worden ist, sondern noch wie vor seine Macht ausübt. Dieser deutsche Militarismus ist ja von der Koalitionsregierung im letzten Jahr gut gepflegt worden. (Sehr wohl bei den Unabh.) Wenn der Reichsländer überhaupt in der Lage war, für die jetzige Regierung eine Erklärung abzugeben, so verdankt er das der organisierten Arbeiterschaft im Ruhrgebiet. Hunderte und Abertausende der Weichen haben ihre Leben gelassen im Kampf gegen die Reaktion. Ich habe mit Bedauern in den Ausführungen des Ministers ein Wort des Dankes für diese großen Verdienste vermehrt. (Große Unruhe bei der Mehrheit.) Im Namen des deutschen Praetorats spreche ich an dieser Stelle den im Kampf Gefallenen unsern tiefsten Dank aus, (Wohlfühl bei den U. Soz.) Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit muß festgestellt werden, daß die Kämpfe im Ruhrgebiet durch die militärische Erhebung der Militäristen und Monarchisten entstanden sind, und es ist ein aufregender Schwind der deutschen Presse, wenn jetzt von ihnen behauptet wird, daß von Deutschland aus ein Putz vorbereitet worden sei. Die bürgerliche Presse, an der Spitze die „Kölnische Zeitung“, verbreitet eine Schauerrede nach der anderen, um eine Bogenschützen zu erzeugen. Die „Berliner Volkszeitung“ hat durch die Veröffentlichung des Protokolls Herrn Henning, daß diese Parole gegen den Volkskriegs auch von den Vertretern der früheren Regierung verbreitet worden ist. Die Verfassungen waren sich darüber, daß ohne den Befehl der Nazis ihre Regierung unzulässig war. Die arbeitende Bevölkerung hat Herrn Henning auf das Industriegebiet geschickt gemacht; in Wabergel haben die Arbeiter und Angestellten des Kohlensyndikats die Kaputtregierung gestürzt und die jetzige Regierung errichtet. Jetzt befindet sich das Ruhrgebiet in den Händen der politisch mißbrauchten Truppen, deren Führer die Träger der Reaktion sind. Können Sie oder andere die Führer sein.

Dieser Zustand ist unerträglich.

(Abstimmung bei den U. Soz.) Und wir stehen noch den Erfolgen der Reichswehr auf dem Standpunkt: wenn schon ein militärischer Schutz der Regierung nicht zu vermeiden ist, dann stehen wir die Verantwortung der Truppen der alliierten Regierung über den Aufschwung der Reichswehr vor. (Wohlfühl bei den U. Soz. — Große Unruhe bei der Mehrheit.) Denn es handelt sich nicht um eine Angelegenheit Deutschlands, sondern der ganzen Menschheit. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln müssen auch die Sozialisten der anderen Länder dafür wirken, daß die Arbeiter des Industriegebietes und mit ihnen Kohle und Eisen des europäischen Weltmarktes vor dem Zugriff der Reichswehr geschützt werden. (Abwärtende Unruhe.) Aber die Regierung schämt sich nicht darüber zu sein, daß die Nazis ihre Sache keineswegs verloren geben, und sie beachtet den alten Fehler, daß Militär mit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu betrauen. Dieses kann wie bisher die Arbeiterschaft niederhalten und einen

neuen Putz vorbereiten. Der Ruhrputz war von langer Hand vorbereitet. Auch hierüber geben die Erklärungen von Professor Kern interessante Aufschlüsse. Koche hat gut gearbeitet, und wenn es zutrifft, was Kern sagt, daß Koche in den Tagen des Putzes gedauert hat, er sei von den Offizieren hingerufen worden, zum zweiten Male stünge die Marine Deutschland ins Unglück, am liebsten würde er sich erschämen, so könnte man wenigstens feststellen, daß Koche endlich begriffen hat, wie er den Offizieren hinter die Bude geführt werden ist. Mit Hilfe der vorigen Regierung wurden im Osten die Verbände bewaffnet, wozu sie sagten, sie fürchteten sich vor einem kommunistischen Aufstand; in Wahrheit wollten sie Waffen in die Hand bekommen,

um gegen das Proletariat vorzugehen.

Bei Ihnen hätte man auch die Ehrwürdige Marinebrigade zu haben. Wenn man in den Ruhrgebiet schon die drei Korps Schult, Hiltz und Hähon zur Verfügung gestellt. Die angelegentlich lange vorbereiteten Pläne der Kommunisten haben den beiden niemals beherrscht. Von Münster aus wurden ganz besonders im westlichen Industriegebiet Agenten in sehr großer Zahl unterhalten, die sich gemeist aus Offizierskreisen zusammenschließen (Hört, Hört!), die sich in die kommunistische Partei aufzulösen ließen (Hört, Hört!) und dort zu den wahren Führern des Aufstandes auftraten. (Verwörung.) Als am 18. März der Putz in Essen bekannt wurde, hat die ganze Aktion planmäßig eingeleitet. 15 Stunden nach dem Einsetzen der ersten Nachtzüge von Düsseldorf stünge seine Truppen zu einer Parade und hielten die schwarz-rot-weiße Fahne. (Hört, Hört!) Am 14. besetzte er in Remscheid bereits das Vorkamp mit 40 Mann und wollte uns unabhängig verlassen, konnte uns aber nicht finden. Es folgte dann im Westen die Bekanntmachung des Generals v. Waller. Wenn sich die Regierung diesen Erlaß genehmigt hätte, hätte sie zu der Erkenntnis kommen müssen, daß es etwas anderes bedeute, als sich auf den Boden der Verfassung zu stellen, sondern

daß Waller sich als Möglichen offen stellt.

Man war sich im Westen überall einig, daß diese zweifelhafte Stellungnahme die Situation im Ruhrgebiet geschaffen hat, und Minister Giesberts hat sich davon selbst überzeugen können. Aber man wagte nichts gegen Waller zu unternehmen, weil man fürchtete, das Offizierskorps könnte sich hinter ihn stellen und die Reichswehr im Industriegebiet ausdehnen lassen. Waller hat dann den Befehl zur Besetzung des Ruhrgebietes durch die Reichswehr gegeben, daß er nicht mehr wegzulassen. Gebering hat gegen diesen Einmarsch öffentlich protestiert und die Verantwortung abgelehnt; das ist doch berühmte Zusammenarbeiten mit dem Reichskommissar im Ruhrgebiet. Und als der Vorkampf nicht aufzuhalten war, kamen am 15. und 16. die Zusammenstöße mit der Arbeiterschaft, in denen das Korps Dittschlag entwaffnet und fast völlig aufgerieben wurde. Dieses Korps hat also erst den Arbeitern die Waffen in die Hand gegeben. Den Beweis, daß die Arbeiterschaft vorher bewaffnet gewesen ist, werden Sie (nach rechts) niemals erbringen. Im Ruhrgebiet wurden die Truppen gleichfalls zurückgedrängt und die Arbeiterschaft nahm dann am 18. März den Kampf gegen das Korps Hähon auf. Dieser rief die Freiwilligen und die Einwohnerwehren auf, die alsbald zwei Arbeiter ermordeten, (Hört, Hört!) Da war die ruhige Arbeiterschaft

geradezu zum Kampf gezwungen

und die Erregung der Bevölkerung steigerte sich ungeheuer. Daß bei Einlegen der Geballe an die Militärliste aufstauete, ist selbstverständlich bei dem Druck, der auf der Arbeiterschaft lastete. Erst als die Sache der Militärlisten verloren war, wurde die Gefahr des Volkskriegs von ihnen in den Vordergrund gerückt. Aber es soll ihnen nicht gelingen, die hinterlassenen Spuren zu verwischen. Um die gründliche Vorbereitung des Putzes zu beweisen, verliest der Redner den Bericht eines Leutnants Herzog über die Vorgänge vor, während und nach dem Putz und zahlreiche andere Material. In demselben Tage, wo Waller das Vertrauensvotum von Oberst und General bekam, erhielt er einen Befehl, monach die Lage in Berlin und im Reich ungeklärt sei und er sich darauf beschränke,

Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten; für die Befreiung der Ruhr... Selbst am 18. 8. noch verhofft er sich nur, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Verbindung zwischen den Militärlisten im Osten und der Reichswehr im Westen geht ebenfalls aus den Dokumenten hervor. Hähon ist z. B. am 8. März in Berlin gewesen, um den Putz vorzubereiten. Aus einem Briefe geht hervor, daß Waller gleichfalls vollständig im Bilde war. Hähon, der Empfänger dieses Briefes, wandte sich daraufhin direkt an Waller und schrieb ihm: „Die Aktion wird bis spätestens 15. d. M. vor sich gehen. Mein Korps ist dazu unbedingt in Berlin erforderlich.“ Sein Abtransport aus dem Ruhrland muß deshalb sofort mit dem Befehl verbunden werden, ohne vorher in Prüfung zu treten von dem Reichswehrministerium, da sonst zuviel Zeit verloren geht und die Genehmigung sehr fraglich ist.“ Das zeigt

auf welchen Notizen die schwankende Haltung Wallers entsprang.

Das dritte Wehrkreiskommando hat seine Stellung erst geändert, als sich herausstellte, daß die ganze Aktion verloren war. Dann wurde die Parade gegen den Volkswind ausgesetzt. Ein großer Teil der Wehrmacht hat die Waffen nach dem Viesfelder Abkommen nicht abgegeben, weil sie fürchteten, durch die Verhandlungen sollten sie hoch gehalten werden, damit die Reichswehr Teil gewinne. Trotzdem muß festgestellt werden, daß der Generallieutnant und die Volkswind sich dem Abkommen gefügt haben. Aber die Regierung hat die Ausführung ihres Ultimatum einem General v. Waller übertragen. Und sein Ultimatum hatte nur den Zweck, daß es die Arbeiterschaft nicht annehmen konnte, damit man gegen diese vorgehen konnte. (Wohlfühl bei der U. Soz.) Die Regierung hat das in selbst eingesehen, da sollte sie doch endlich auch sehen, daß Waller unabweisbar ist. So demütigte sich der Bevölkerung eine Konfirmierung und die Verhältnisse wurden immer schärfer durch die Schuld des Militärs; wir wissen ja, wie dieses solche Abkommen schmiedet, die die Regierung schließen. In der Nacht vom 1. zum 2. April wurden auf der ganzen Front die Kampftruppen zurückgezogen. Aber die Reichswehrtruppen brachen das Abkommen, folgten ihnen nach und bewirkten die zurückgehenden Arbeiter in Kampfhandlungen. Am 1. April noch hat die Reichswehr nach dem einwandfreien Ergebnis ihrer eigenen Führer den Vorkampf fortgesetzt und das durch

das Viesfelder Abkommen gebrochen.

Es ist eine schamlose Lüge, daß an der Hammerfront die Arbeiter weitergekämpft hätten. Nur die Reichswehr hat den Kampf immer wieder entfacht. Dafür haben wir eine Fülle von Material. Die Behauptung der Reichswehr, daß die verantwortlichen Führer meiner Partei den Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet verlangt hätten, ist durchsich unabweisbar. (Hört, Hört!) Bei den U. Soz.) Wir wollten selbst Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten. (Laut rechts: Auf Ihre Art, mit Wänden und Räubern.) Noch am 10. April haben General Haas und andere Reichswehrführer erklärt, für sie existiere das Viesfelder Abkommen nicht. In Münster hat und Herr Gebering erklärt, er könne nicht dafür garantieren, daß die Reichswehr sich streng an die Verfügungen der Regierung halten werde. Es kam es, wie es kommen mußte, Unlautere Elemente bemächtigten sich der Arbeiterschaft, weil die verantwortlichen Führer das von der Reichswehr im Bande mit den Reaktionskräften und den christlichen Gewerkschaften geschlossene Abkommen nicht durchführen konnten. Die Unrechtmäßigkeit der Behauptung von einem holländischen Putz ergibt sich aus den politischen Dokumenten, die man im Nachhinein von Hähon gefunden hat. Die Angehörigen des Korps Dittschlag sind systematisch von ihren Offizieren getrennt und gegen die Regierung aufgebracht worden. Ein enormes Spitzelsystem hat der Regierung das Material in den verlorenen Berichten über angebliche kommunistische Aufstände geliefert. Es ist eine Schande, daß ein derartig verbrecherisches Spitzelsystem die Regierung der deutschen Republik betrunken laufen konnte. (Sehr wohl bei den U. Soz.) Der Führer des Korps Dittschlag hat seine Agenten beauftragt, unter allen Umständen den unabhängigen Hg. Ludwig festzusetzen. Derselbe Dittschlag aber mit seinen verlorenen Berichten

(Hört heute noch Reichswehrtruppen gegen das Proletariat.

(Hört, Hört!) bei den U. Soz.) Ich fordere die Regierung auf, den Vertriebenen Staatsanwalt in Werden darüber zu befragen, wie in Werden das Justizhaus gesteuert und die Justizminister in Werden zum Kampf gegen die Arbeiter bemobelt hat. (Hört, Hört!) bei den U. Soz.)

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

So oft das geschah, stellte sich die Dirne ganz ratlos dazu, meinte, das mache wohl schwere Ungelegenheit und erwiderte leicht Verdacht; zuletzt wandte sie sich jedesmal an ihre Mutter mit der Frage, was zu tun sei. Die Antwort lautete auch jedesmal, Gelene möge tun, wie sie wollte, sie — die alte Junghöfer — hätte freilich darüber ihre eigenen Gedanken, und nun folgte irgendeine lehrreiche Belehrung der beiden Frauen mit Bezug auf deren Vererbung um die Tochter; da war einmal der Kleeblätter Wunderl der Weichheit im Gholter\* und der Toni vom Sternsteinhof der Goltzsch im stehenden Wasser, ein anderer der Witze der Hof im Rangen und der Zweite eben ein solcher im weiten Feld, denn in diesem Teile ihrer Rede befehlte sich die fürsorgliche Mutter einer kleinen Wiederkunft, da sie einen erheblichen Verdienst vor Augen hatte und daher ihr Kind nicht durch Wiederholungen ermüden wollte.

Gelene sah dann auch wie eingeschüchtert, und wenn sie nach einer kleinen Weile wieder aufblühte, begann sie leise den Frauen zu fragen, ob er denn noch keine Gelegenheit gefunden habe, mit seinem Vater zu reden, wann sich wohl eine dazu finden werde und ob er sich wohl schon beiläufig ausgesprochen habe, wie er die Sache vorbringen möchte?

Darauf wünschte der Burcke mit dem Kernal über die Sterne und entsagte eben so leise: Gelegenheit habe er wohl noch keine gefunden, wisse auch nicht zu sagen, wann sich eine solche finden werde, hält' sich auch nicht auszusprechen, wie er die Sache angehen\*\*\*) wolle, da er ja nicht wissen konnte, was der Vater reden würde; 's müßte da eben ein Wort das andere geben!

„Gehst?“ „Amolte denn die Dirne, du fördest für dein Teil vor nicht, denkst nit mal d'rauf, und von mir verlangst, nicht nur, daß ich für das meine aufkomme, sondern sogar darüber tu.“ „Näh soll' n Kleeblätter Wunderl aufgeben und dirit' mit.“ „Gäh, 's müßte unter n Reuten ein Gemusel, noch nit gleich frei zu dir bekamen! Gäh, nein? Und wenn ich zu dir sage, möcht' Was? du soll'

vor allen Dingen nicht ihm freitig! Du getrauest dich's auch nit. Gäh nit! Sollt' also wohl ein Einf'ch'n hab' n.“

Da kündelte er ein solches, weil er sich nicht anders zu helfen wußte.

Wenn der Toni angehen war, sah die alte Junghöfer an dem Tische vor dem Dichte, so daß ihr breiter Schatt die Stube verdunkelte und Einer, der etwa zufällig zum Fenster herein, nichts zu unterbreiben vermochte. Beide Frauen waren verdreht; sollte jemand an die vordere pocken, so konnte der Burcke zur rückwärtigen hinausschreiten, wurde es an dieser laut, so stand ihm die nach der Stube offen; wenn er so, Hand in Hand mit der Dirne, auf der großen Gewandtrube in der Ecke saß, und ihn der Gedanke kam, daß er einmal vor dem Herrgottsmacher, der Einsatz verlangte, schlafen müßte, und die Hand, die er eben Finger zwischen Finger umspannte, der des Schlunders das geide. Dieß nicht sollte wehren können, da war ihm, als ginge der alte Kofen unter ihm an\*) und fenge ihm Kleider und Wieder.

Unselbstlich wurde es ihm mehr und mehr in der Stille, aber unselbstlicher schien es ihm, fern zu bleiben, und so kam er immer wieder.

Der Koching war mittlerweile ganz nahe herangerückt. In der Woche, welche dem Sonntage voraus ging, an dem im Zwischendübeler Wirtschaft die Weigen zum ersten Tanz erlösen sollten, fragte der Toni die Golen, ob sie mit dem Wunderl hingehen werde.

„Er hot mich dazu aufg'fordert,“ war die Antwort, „ich konnt' nit gut ausweichen.“

„Ich werd' auch hinkommen,“ sagte der Burcke.

„Ist recht,“ sagte die Dirn.“

„Gehst dich wohl auch doarmal mit mir herumg'langen?“

„Gehst?“ Sie hob trotzig den Kopf. „Ich denk' nit mal d'ran, daß ich mir damit was getraut.“ So weit halt' ich mich noch mein's Willens Herr, daß ich hung, mit wem und wie oft mir beliebt, ohne viel z'tragen!“

„Ist recht,“ sagte diesmal der Burcke.

Sonnabend aber koste der Sternsteinhofbauer zu Toni: „Morgen is in Schenndorf drüben beim Gemeind'wirt ein Ball, der Häbbiermarial will, daß wir dabei sein sollen; nun hot' ich bei so was nit mehr z'uuden. Rufsch'n langweilt mich, ich bleib' heim, sag' du allein hin.“

„Däs is doch nit billig, Vater,“ lachte Toni, „du bleibst heim, weil d' d'Langweil fürcht' und ich sollt' hin, obwohl ich zu Voraus weiß, daß ich mich auch nit unterhalt.“

„Bär' nit äbel, ein jung' Blut, wie du!“

„Näh bleibet auch lieber heim.“

„Das geht nit an. Wein'm Weabließen front niemand noch, aber dein's würd' mer mir veräbeln, denn af dich is 's eigentlich abg'seh'n. Der Häbbiermarial will, daß du mit eigener Dirn' tom'st. 's sollt' dir a Ehr' sein! Sie sieh' dich nit ungen, schmeint's.“

„Das gilt mir gleich! Wie g'falle die gar nit!“

„Auf's G'fallen oder Witz'fallen hin, lab' ich dir noch lang' Zeit; aber das sag' ich dir frei offen, unter uns Vatern is's b'flossene Saag, daß f' dir nit ausscheit, und hat' du 's erst, wirst' dich schon d'rein schänden. G'hört' Ein'm Eine einmal unweigerlich zu, dann verneimt' mer f' nit selber und g'winnt' ihr, wohl oder äbel, ake Seiten ab.“

„Das erlebst' niema!, daß ich dir die nimmt!“

„Näh! — Das will ich biß nit von dir g'hört' haben, denn ich hob' dich nit darnach g'fragt, denk' auch nit d'ran, daß ich's jemal tu! Du soldest morgen nach Schenndorf h'nüber, dabei bleib' d'!“

Da sich der Alte bei diesen Worten erhob, so fuhr auch Toni vom Stige entpor und lachte mit der Rechten nach seinem Vaters Arm.

„Kein Wort weiter,“ grölte der Bauer. „Sonn' da, daß ich über dein Betrogen kein' Klag' hör'. Damit is' ausg'dr!“

Er ging aus der Stube. Der Burcke sank in den Stuhl zurück und sah lange, den Kopf auf beide Hände gestützt, düßlich stand er auf und schäute wild nach der Lüre, die sich hinter dem Abhangenenden geschlossen hatte. „Näh, herrlich, is' herrlich!“ murrie er. „Hält'le! du mit Anderer Saag' und verweiger' Ein'm d'Eintab, auf! Aber, so wahr ich da steh', ich konnt' dir autor und ich 's Weine in's Werk und stoch' dir und Dein'm Häbbiermarial d'Kupf' z'famm, daß f' euch beummen. Ich weiß wann ich dir mit Herigen kom, dann heißt' d' mich wohl selber reden und wann d' dich d'd'mal ein für allemal aus'drien kost, so findt' ich all's Weitere. Ich kenn' dich doch nit seit heut, mich aber sollt' noch kennen lernen!“

Und der Gedanke, wie er das „Fertige“ auch fertig bräute, hielt den Burtschen die halbe Nacht wach.

\*) Gholter = Gföhler zur Aufnahme lebender Wesen. \*\*) Golen, eine Sode an der die Kernter, die anfallen. \*\*\*) Ein Gegenstand, z. B. Haus oder Werkstatt, wo die Arbeit

(Merkmalung folgt)

Gen. v. B. S. Die Reichswehr hat nämlich von den ersten  
Polizei- und Militärtruppen bewaffnet worden mit dem Bemerkten, sie müßten  
gegen die Sozialisten kämpfen. Die Ausschreitungen der Reichs-  
wehr sind keineswegs einzelne Fälle, wie der Reichsminister  
meint. Der Abg. Wolf berichtet die Grenel. Wir allein sind  
bisher 80 Fälle von Reichswehrgrenellen bekannt geworden.  
(Hört, hört!) In dem Telegramm meines Parteigenossen Ernst  
aus Hagen hat gestanden, daß er zahlreiche Reichswehr  
haben möchte. Das war am 27. Am 31. hat Ernst mit Sicherheit  
bereits, daß die Reichswehr nicht einmarschie-  
ren solle, weil man inzwischen den unzuverlässigen Geist  
der Reichswehr kennen gelernt habe. Auch Gen. Dr. Stern be-  
streitet mit aller Entschiedenheit, daß er telefonisch den Ein-  
marsch verlangt habe. Auch die Befestigung Severings und  
Walters hat die Vernichtung nicht bringen können, denn die  
Regierung hatte nicht die Macht, die Bevölkerung vor ihren  
eigenen Truppen zu schützen. Die Arbeiterklasse war viel-  
mehr gezwungen, sich zu den Engländern ins besetzte Gebiet zu  
flüchten. Die Verfassung liegt in ihren letzten Tagen; einige  
Jahre noch und sie existiert nicht mehr. Es ist nicht wahr, daß  
jüdisch der Ruhr eine rote Armee führt. (Zurufe rechts: Das  
wissen Sie ja gar nicht!)

#### Der Widerstand der Reichswehr

hört eine Katastrophe, die nicht auf das übliche Aufrühren be-  
schränkt bleibt. (Große Unruhe, Rufe rechts: Das ist eine  
Drohung!) In Hiltrich sucht ein Hauptmann Baum durch  
Inszenierung 50 bis 60 Landarbeiter, bewaffnet die sich selbst  
und schickt sie auf die Güter im Osten. Nach dem „Reichsgel-  
te“ darf Ehrhardt jetzt noch seine Währungsbesuche im  
Reichswehrministerium machen. Die Technische Reichswehr ist eine  
der wichtigsten Kampfmittel der Pulschisten. (Lachen rechts.)  
Im Kampfe gegen die Reaktion kann sich die Regierung letzten  
Endes nur auf die organisierte Arbeiterklasse stützen. In den  
nächsten Tagen und Wochen können wir mit einem neuen Mil-  
itärputsch rechnen. (Unruhe, Widerspruch rechts.) Von einer  
Rebellenregierung ist keine Rede; aber die 3 Punkte muß die Regie-  
rung unbedingt durchführen, wenn sie nicht den letzten Rest des  
Vertrauens bei der Arbeiterklasse und im Ausland verlieren will.  
Ich begrüße es, daß das Ausland sich jetzt bei uns an Ort und  
Stelle orientiert über das Vorhandensein einer Militärkamarilla.  
(Abg. Schulz (Dmit.): Unlautlich!) Treibt die Regierung das  
alte Gewaltregiment weiter, so wird sie dasselbe Ge-  
schick ereilen, wie die alte Weisheit bei den U. S. G. Der  
Rebner erzählt vom Vizepräsidenten Baumgarten nach-  
träglich einen Ordnungsplan für die Neuorganisation. Wer be-  
hauptet, daß sich südlich der Ruhr noch Teile der roten  
Armee befinden, macht sich eines wissenschaftlichen Unwahrsinns  
schuldig, da diese sich auf Mitglieder des Hauzes beziehen kann.  
(Lachen bei den U. S. G.)

Reichswehrminister Gieseler: Bei der Konferenz in Wiesbaden  
kam es mir in allererster Linie darauf an, eine unbändige Wieder-  
herstellung der Ordnung im Ruhrgebiet zu erreichen. Die Aus-  
scheidungen der Reichswehr mußte ich ebensosehr wie die der  
roten Armee. Der Einmarsch wäre überflüssig gewesen, wenn  
die roten Führer an der Hand des Einkommens eingehalten  
hätten. Die Reichswehr dagegen hat es gehalten. (Zuruf des  
Abg. Kowitz: Nein!) Ich nehme die Arbeiterklasse aus-  
drücklich dagegen in Schutz, daß für die Arbeiter und Händler  
an die Hochpreise gebunden werden. Wenn die Ordnung noch  
den Wirtschäftlichen Bedürfnissen entspricht, könnte die Ver-  
änderung beruhigt sein. Aber auch den Wirtschäftlichen ist zu  
sich in Revolutionen nicht ruhig zu sein. Sie können  
sondern für ihre Sicherheit etwas tun müssen. (Zuruf des  
Redner: Die soziale Information Frankreichs soll durch  
Deputationen von Arbeiterparteien erfolgt sein, die behauptet hätten,  
der Einmarsch sei nicht notwendig. Wenn man jetzt von den  
diesem sowjetischen Gestalten im Ruhrgebiet spricht, so muß man  
auch fragen: Wer hat diese gestiftet? Die ganze Weltbe-  
achtung sagt sich: wenn wir jetzt keinen Schutz mehr haben, dann  
geh die Sache von neuem los. In der allererster Linie muß die Er-  
haltung des Reiches sein. (Abg. Kowitz.)

Reichswehrminister Dr. Gieseler: Die Atmosphäre des Ru-  
hrgebiets muß verschoben werden. Dazu tragen aber die Ausführungen  
des Abg. Braf nicht bei. Er hat uns trotz wiederholter Aufforderung  
sein Material nicht vorher übergeben. Wie sollen wir da  
durchgreifen? General von Batten hat uns erklärt, er habe alles  
gelesen, um den Einmarsch der unzuverlässigen Truppen nach Verlin  
zu verhindern. Die Reichswehr muß wieder in Ordnung kommen.  
Die Vorländer Städtetage sind im Zusammenhang mit der auch Un-  
abhängigen, hat einstimmig eine Resolution angenommen, in  
der die Nationalversammlung des Reiches die Reichswehr anerkannt  
wird. Solche Dokumente sollte Herr Braf mitnehmen, wenn er  
wieder

#### zur Rheinlandschaftskommission nach Koblenz

geht. (Zurufe rechts, hört.) Ich habe hier ein Tele-  
gramm des Oberpräsidenten in Koblenz vom 10. April, in dem es  
heißt: „Der unabhängige Sozialdemokrat Otto Braf, aus Rem-  
scheid sowie die Kommunisten Riese, Ernst und Walter Alting-  
hausen sind gestern Abend unter Führung eines französischen Offi-  
ziers (Rechtses Oertl, hört rechts und bei der Mehrheit) bei der  
Rheinlandschaftskommission erschienen und haben angegeben, daß die  
Truppen in der neutralen Zone des Ruhrgebiets nicht 18.000,  
sondern 80.000 Mann betragen. (Stürmische Pfui-Nuse bei der  
Mehrheit, Rufe rechts: Raus mit dem Lumpen!) Ein-  
geweiht der Reichswehr sei überflüssig gewesen. Nichtigkeit bei  
amerikanischer Vertretung der Rheinlandschaftskommission ist von un-  
serer Seite erfolgt.“ Wenn wir uns wundern über die falsche  
Information der Entente, so habe ich hier folgendes Telegramm aus  
Paris: „Heutiges Journal“ bringt Interview mit  
unabhängigen Braf, Mitglied der Nationalversammlung,  
aus dem revolutionären Hauptquartier der Ruhrarbeiter. Er er-  
klärt, Dokumente zu besitzen, daß im Augenblick des Rapp-Putschs  
die Freisprecher, Dittmer und Schulz entgegen dem Prei-  
sentscheid im Ruhrgebiet anwesend seien.“ (Zurufe rechts.)  
Und nun kommt, was mich am meisten erregt: Braf kündigte dem  
Interviewer, dem ehemaligen Kriegsbereitschaftsleiter Henri Bau-  
thou, bestimmte Dokumente an, um General Batters  
Einverständnis mit reaktionärem Putsch zu er-  
werben. (Stürmische Pfui-Nuse bei der Mehrheit.) Das, was der  
Minister Gieseler und Braun vom Abgeordneten Braf in Wies-  
baden nicht erreichen konnten, die Unabhängigen der Dokumente, die  
uns ein Durchgreifen ermöglichen, diese Dokumente hat Herr  
Braf dem Herrn Bauthou übergeben. (Stürmische Pfui-Nuse bei  
der Mehrheit, Rufe rechts: Lumpenschulz heraus mit  
dem Kerl! Bundesverrat!) Denn es mit der Ent-  
scheidung der Atmosphäre ernst ist, hat heute die Verpflichtung, alles  
Material der Regierung zu übergeben, damit sie die Fäden der  
Verständigung aufheben kann. (Rufe rechts: Warum wird  
dieser Hochverräter nicht verhaftet?) Woher sind  
nur 60.000 Gewehre und einige hundert Pistolen, Maschinen-  
gewehre, wenige Minenwerfer und Geschütze abgeholt worden,  
während die „Freiheit“, ich fühle mich nur auf ganz einwandfreie  
Geheimquellen (Rechtses) berichtet hat, daß über hunderttausend  
bewaffnete Arbeiter an den Kämpfen beteiligt waren. Das Er-  
gebnis der Waffenabgabe ist also absolut unbefriedigend.

Die ganze Angelegenheit muß durch die

#### Einrichtung einer Untersuchungskommission

aus allen Parteien gestellt werden. (Zurufe rechts.) Von  
der Reichswehr aber erwartet ich, daß sie ist und bleibt, was wir  
erhoffen: ein sicherer, fester Schutz des Volkes und seiner frei-  
heitlichen Entwicklung. (Rechtses weiß, vereintes Hände-  
klatschen.)

Herr Gieseler (O. B.): Wir haben kein Verlangen nach  
einem französischen Einmarsch in Bayern, Süden und Baden  
sehen zusammen. (Rechtses weiß.) Die Einwohnerwehr  
kann wir nicht entbehren. Bayern lehnt es ab, von der Reichs-  
regierung einen Reichsminister nach Bayern schicken zu lassen.  
Ich frage den Herrn Reichswehrminister, ab nach den heutigen  
Ausführungen des Abg. Braf nicht gegen diesen die erforder-  
lichen Schritte wegen Landesverrats sofort eingeleitet werden.  
Sie haben, Herr Justizminister, die Erklärung der Deutschen  
Volkspartei vom 12. März entfällt durch Unterdrückung, wie  
durch Hinzufügen. (Sehr richtig! rechts.) Zurückweisen müssen  
wir, daß der Plan irgendwie mit den Reichsparteien in Ver-  
bindung gebracht werde.

Reichswehrminister Gieseler: Der Herr Abg. Prof. Dr. Rath  
hat sich in einer Weise über mich geäußert, die es notwendig  
macht, daran zu erinnern, daß der politische Kampf anständig  
geführt werden muß. (Lange Pause bei der Volkspartei: Das hätten  
Sie gestern beachten sollen.) Ich muß Wort für Wort aufrecht er-  
halten, was ich gestern gesagt habe. Wenn die Deutsche Volkspartei  
durch ihren Aufruf nicht den Rappischen Hochverrat gestiftet hätte,  
dann wäre die ganze Geschichte schon am ersten Tage zusammen-  
gebrochen. Insofern erogen Sie die volle Verantwortung  
für den Putsch. (Die Abgeordneten dieser, Beermann  
und andere machen dauernd lange lange Pause, Präsident  
Schroeder bittet dringend, die parlamentarischen Formen zu  
wahren.) Ich habe mir die Depositen in der Sache des Abgeord-  
neten Braf sofort vom Reichswehrminister erheben, um festzu-  
stellen, ob die Grundzüge für ein strafrechtliches Einverständnis ge-  
geben ist. Hochverrat kommt allerdings nicht in Frage, vielmehr  
aber Landesverrat. Ich werde noch heute dem Oberreichsanwalt  
die beiden Schriftstücke übermitteln und ihn mit den nötigen  
Schritten beauftragen. (Rechtses weiß.)

Reichsminister Müller: Das von mir gütliche Telegramm aus  
Duisburg hat der Abgeordnete Braf als erfunden bezeichnet. Ich  
wäre demgegenüber fest, daß der Vorsitzende der U. S. G. in Duis-  
burg der Abfertigung dieses Telegramms ausdrücklich zugestimmt  
hat. Sollte er es laugnen, so kann es durch genügend viele Zeugen  
belegt werden. (Hört, hört!)

Abg. Dr. Luard (Soz.): Wir danken dem Reichsminister für  
seine Worte und hoffen, daß sein diplomatisches Vorgehen einen  
besseren Erfolg haben möge. Die französische Aktion im Rhei-  
nland ist Weisheit und Fleiß von deutschen und internationalen Militärge-  
schäften. (Schröder rechts.) Der Rappian braucht keinerlei fremden  
Schutz gegen die Reichswehr.

Abg. Braf (U. S. G.): Das Material, das ich in Darmen  
einem französischen Journalisten übergeben habe, stand

#### im Zusammenhang mit der Regelung der Flüchtlingsfrage.

Dokumente, die der Regierung nicht bekannt waren, sind von mir  
nicht ausgehändigt worden. Ich habe nur die fremden Jour-  
nalisten auf Dokumente hingewiesen, die bereits seit acht bis zehn  
Tagen bekannt und in der Presse, z. B. in der „Deutschen Volks-  
stimme“ und in der „Freiheit“, veröffentlicht worden waren. Dar-  
über hinaus habe ich ihnen nichts mitgeteilt. Mit den englischen  
und französischen Behörden habe ich allerdings in Köln, Koblenz  
und Mainz verhandelt. Aber nur wegen der Regelung der Flücht-  
lingsfrage. Es ist mir und meinen Kollegen dabei gesagt worden,  
daß die Flüchtlinge in das besetzte Gebiet überführt werden, um  
in einem Lager interniert zu werden. Ich habe demgegenüber  
die Verpflichtung übernommen, dafür zu sorgen, daß die Flücht-  
linge sobald wie möglich zurückgeführt würden. (Zuruf: Und wie  
steht es mit den 18.000 oder 80.000?) Ueber Truppenstärke ist  
in meiner Gegenwart vor der hohen (Rechtses Kufe: Hohen? Hohen?)  
internationalen Kommission überhaupt nicht gesprochen worden und  
meine Kollegen sind mit mir hinausgegangen. Im übrigen hat  
auch die Reichswehr mit der Rheinlandschaftskommission am 16. März in  
der Flüchtlingsfrage verhandelt. Namens meiner Partei stelle ich  
den Antrag, den Ausnahmestatus und die Standgerichte aufzu-  
heben und eine allgemeine Amnestie für die Personen zu erlassen,  
die gegen die Rappisten gekämpft haben. Herrn Gieseler er-  
widere ich, daß im Ruhrgebiet, wenn die Panikstimmung ver-  
schwindet, überall eine Ordnung gegründet werden muß.  
Das Wiederherstellen des Einkommens war notwendig, es hätte nur von der  
Reichswehr gehalten werden müssen. Wir sind mit den Militärs  
nicht bald auferstanden, so werden wir einen neuen Putsch erleben.  
(Weisheit bei den U. S. G.)

Abg. Hoff (Dem.): Hat Herr Braf nicht gewußt, daß es im  
besetzten Gebiet auch deutsche Behörden gab? Mit dem Hinter-  
schreck, daß Sie uns in den Wahlversammlungen den Generals-  
stimmrecht vorsetzen wollen, sprechen Sie uns nicht, Herr Rath!

Die Besprechung der Regierungserklärung ist damit erledigt.  
Der Rat wird mit dem Antrag Braf und mit einem  
zweiten Antrag der Unabhängigen auf Erklärung des 1. Mai  
zum Feiertag mit allgemeiner Arbeitsruhe dem Haushaltsaus-  
schuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich am Donnerstag 1 Uhr: Auf-  
hebung der Militärgerichtsbarkeit, Schaumweinsteuergesetz, Prä-  
fung von Bildstreifen für Lichtspiele.  
Schluß 3 1/2 Uhr.

## Groß-Berlin.

### Arbeiter! Parteigenossen!

Berechtigt nicht die wegen politischer Vergehen Inhaftier-  
ten! Laßt deren Angehörige nicht zu Grunde gehen! Helft  
jähnel, damit den Frauen und Kindern Hilfe werden kann.  
Sammeln Sie sich bei H. Baer, Mantuffelstraße 72,  
zu haben.  
Lebensmittel für die kranken Gefangenen werden  
Schillerstraße 5 entgegen genommen.

### Sozialdemokratische Anträge im Rathhause.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Ber-  
liner Rathhaus haben folgende Dringlichkeits-  
anträge gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,  
einen Ausschuss einzusetzen, der die Fälle unterrichtet, in  
denen städtische Beamte, Lehrer und Angestellte, besonders  
solche in leitenden Stellungen, für die Rapp-  
Dittmar-Regierung Partei ergriffen haben oder  
gar gegen andere verfassungsmäßige Beamte, Lehrer,  
Angestellte und Arbeiter vorgegangen sind. Solche Per-  
sonen sind zur Verantwortung zu ziehen.“

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,  
den Magistrat zu ersuchen, Lohn- und Gehaltszah-  
lungen an alle diejenigen Arbeiter und Angestellten so-  
fort einzustellen, welche durch Schiedspräsidenten der durch  
Magistratsbeschlüsse eingesetzten paritätischen Kommissionen  
entlassen oder zur Disposition gestellt sind.“

Gleichfalls von beiden Fraktionen wurde ein Dringlich-  
keitsantrag zur Frage des 1. Mai eingereicht, der folgenden  
Wortlaut hat:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,  
den Magistrat zu ersuchen, falls der 1. Mai nicht als Na-  
tionalfeier erklärt wird, am 1. Mai Sonntag-  
dienst für die städtischen Beamten, Angestellten und Ar-“

beiter anzunehmen und in allen städtischen Schulen des  
Schulunterrichts auszuweisen.“

### „Politische Neutralität“ der Rapp-Putschisten.

Vom Internationalen Bund der Kriegsgefangenen (Section  
der Kriegsgefangenen) wird uns geschrieben:

Zu den Organisationen, die unter der Maske der politischen  
Neutralität auf den Kriegsgefangenen ausgehen, gehört auch der  
sogenannte „Rappbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und  
Zwangsgefangenen“, dessen „Abgott“ die Reichsregierung che-  
maliger Kriegsgefangener ist.

„In der Spitze dieser „politisch neutralen“ Organisation steht  
der Vorsitzende Herr Prof. Dr. Kühn, der sich bald nach dem  
Putsch bei Herrn Rapp zur Stelle meldete, um ihn zu begrüßen,  
daß die ehemaligen Kriegsgefangenen auf dem Boden der neuen  
Verhältnisse stehen.“

Wie sich die „politisch neutrale“ Reichsregierung zu dem  
Vorgehen ihres Vorsitzenden stellen wird, ist ihre Sache. Die im  
Internationalen Bund der Kriegsgefangenen und Kriegsgeheim-  
nissenen organisierten Kriegsgefangenen bezwecken es jedoch  
eine direkte Annahme, im Namen der deutschen Kriegsgefan-  
genen zu reden, ohne daß dem Herrn Vorsitzenden von allen Kriegs-  
gefangenen-Organisationen ein solcher Auftrag erteilt wird.

### Reichstagswahlen und Aufnahme des Personenzustandes in Neußeln.

Der Magistrat Neußeln teilt mit:

Obwohl der Tag der Reichstagswahlen noch nicht festgesetzt ist,  
soll sofort mit den Vorbereitungen, insbesondere mit der Aufstellung  
der Wählerlisten begonnen werden. Wie uns mitgeteilt wird,  
kommt als Wahltag der 30. Mai oder der 6. Juni oder der  
13. Juni in Frage. Nach dem Entwurf des neuen Reichstags-  
wahlgesetzes ist jeder Reichsangehörige — Mann oder Frau —  
wähler am Wahltag 20 Jahre alt zu sein, wahlberechtigt. Entmün-  
digte, oder unter Vormundschaft oder wegen geistli-  
chen Gebrechens unter Pflegschaft stehende Personen, ferner solche,  
die durch Richterspruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren  
haben, sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. Für Soldaten ruft  
während der Dauer ihrer Inhaftierung zur Wehrmacht die Aus-  
übung des Wahlrechts. Behindert in der Ausübung ihres Wahl-  
rechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Weisheits-  
schwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind,  
ferner Straf- und Untersuchungsgefangene sowie Personen, die  
infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung  
gehalten werden.

Zur Aufstellung der Wählerlisten soll in Neußeln am  
18. April die Aufnahme des Personenzustandes der Wahlberechtig-  
ten erfolgen. Die Hauslisten werden den Hausbesitzern oder  
deren Stellvertretern in diesen Tagen zugestellt. Da die Wähler-  
listen bereits vier Wochen vor dem Wahltag öffentlich ausgelegt  
werden müssen und die Zeit für die Aufstellung derselben nur  
eine kurze ist, werden die Hausbesitzer und Verwalter gebeten,  
für umgehende Erteilung der Haushaltungsbogen an die Haus-  
haltungsvorstände — Mieter — und Einmündlung derselben bis  
zum 19. d. Mts. sowie für vollständige Aufstellung des Verzeich-  
nisses über sämtliche im Hause vorhandene Mieter Sorge zu  
tragen und die unterschriebenen vollständigen Hauslisten mit den  
nötigen über sämtliche im Hause vorhandenen Mieter Sorge zu  
halten. Die Haushaltungsbogen werden um recht sorgfältige  
und leserliche Ausfüllung der Spalten und Unterschift der Listen  
gebeten, damit Unstimmigkeiten bei der Eintragung in die Wähler-  
listen vermieden werden. Es sind nur diejenigen im Haushalt  
vorhandenen Familienmitglieder und Mietersolone — auch wech-  
selnde Personen —, die am 6. Juni 1900 und früher geboren sind,  
aufzunehmen. Vermöglose sind, daß nur derjenige wählen  
kann, der in die Wählerlisten eingetragen ist. Falls die Haus-  
listen oder Haushaltungsbogen nicht ausreichen sollten, müssen  
die Hausbesitzer oder Verwalter die noch fehlenden Formulare  
im Rathaus beim Pförtner abfordern.

### Aufklärung über Geschlechtskrankheiten.

Wer sich Aufklärung über die Geschlechtskrankheiten be-  
schaffen will, der möge die von Fachärzten unentgelt-  
lich gehaltenen Vorträge besuchen, die im jedem Jahr  
mehrere Male von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der  
Geschlechtskrankheiten, von den Krankenhäusern und anderen nicht  
geschäftlich interessierten Vereinigungen veranstaltet werden; oder  
er lese eine der einschlägigen Schriften, die jede Volksbibliothek  
besitzt (z. B. die Broschüre von Bloch).

Der geschlechtskrank ist oder es zu sein glaubt, solle sich bei  
den vorzüglichen Fachleuten gelehrten Beratungsstellen  
Rat oder er werde sich an einen der Spezialärzte, die des  
Krankentums ihm kostenfrei zur Verfügung stellt. Niemand  
hat diese Beratungsstellen, Krankenhäuser ins Haus zu gehen, die sich  
in Zeitungsinseraten anzeigen. Der Arzt, und mag er auch  
Krankensolone gewesen sein und sich „Direktor“ titulieren lassen,  
ist gerade zur Behandlung der ernstlichen, vieljährigen Geschlechts-  
leiden am allerungeeignetsten. Darum haben auch unsere Ver-  
treter in der preussischen Landesversammlung für ein Verbot der  
gewerksmäßigen Behandlung solcher Kranken durch Nichtärzte ge-  
stimmt. Die Arbeiter mögen in ihrem eigenen gesunden  
sich und wirtschaftlichen Interesse ihr Verhalten dor-  
nach einrichten!

Arbeiterbildungsschule. Der Verkauf des Genossen Dr.  
Gerb, der heute Abend stattfinden sollte, muß leider wegen  
Erkrankung des Referenten ausfallen.

Volkshochschule Neußeln. Der Vortrag Reihe 11 — Kunst-  
malerei Rognmann — „Das künstlerische Sehen und Bewahren“  
findet von 8-10 Uhr abends im Schulsaal der 1. Mädch.-  
Mittelschule, Danastraße 128, statt. Beginn 15. April. Die im  
vergangenen Vierteljahr ausgefallene Vorlesung desselben Do-  
zenten findet am Montag, den 19. April, abends von 8-10 Uhr,  
im Schulsaal der 1. Mädch.-Mittelschule, Danastr. 128, statt.

Der Frühjahrswahlkampf, den der 1. Kreis des Arbeiter-Turn-  
und Sport-Bundes am Sonntag bei Adlerhof veranstaltete, er-  
freute sich einer guten Beteiligung und ergab günstige Resultate.  
Den 500-Meter-Einzelkampf gewannen die Turner (Hauptstadt) von  
Bas (Lichtenberg) und Käthe (Fichte 1). Aus dem 2-Miles-  
meter-Einzelkampf für Jugendliche gingen Strack (Lichtenberg)  
und Köpcke (Obersee) siegreich hervor. Im 5-Kilometer-Einzel-  
kampf für Männer gingen Hermann (Raumschiffbau) und Ge-  
tenberg (Fichte 7) als Erste durchs Ziel. Ein von zehn Mann-  
schaften aufgeführter Preisgala-Einzelkampf beschloß die noch jüngere  
Veranstaltung.

Preis. Verbilligung der Milch für werdende  
und stillende Mütter. Nach einem Beschluß des Ge-  
meinderates kann bedürftigen werdenden Müttern vom  
ersten Monat ab und bedürftigen Wöchnerinnen, die regelmäßig  
die hierfür Säuglingsfürsorgestellen, Kinder Straße 64 auszu-  
geben, deren Kindern bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre  
ein Zuschuß von 40 Prozent zu den Beschaffungskosten für Milch  
gestattet werden. In Fällen besonders großer Bedürftigkeit sollen  
die Kosten ganz aus Gemeindegeldern bestritten werden. Die An-  
träge sind zunächst beim hiesigen Gemeindegeldamt zu stellen,  
die Unterfügung wird jeweils für 4 Wochen gestattet.

### Lebensmittelkateche.

Hankem. Die bei den hiesigen Kaufleuten noch vorhandenen Rest-  
bestände an Nahrungsmitteln können auf den Bezugs- und Ausfüh-  
rungsliste 15 der allgemeinen Lebensmitteltheorie mit 100 St. gegen  
Bezahlung vertrieben werden. Die angebotenen Waren sind in  
der hiesigen Weise nach Ablauf von sieben Tagen bei der Lebens-  
mittelkateche, Berlin Straße 1, Dönhofs- 1 Trepp, Zimmer 12, in  
der Zeit von 9-1 Uhr vorm. abzugeben.